

## **Protokoll der Parlamentssitzung**

**Montag, 19. Dezember 2005 19.00 bis 22.30 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld**

Vorsitz: Ackermann Judith, FDP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Mader Mélanie, SP
Arm Alfred, SP	Maibach Urs, GB
Balz Christian, FDP	Matter Brigitta, SD
Bichsel Bernhard, jfk	Mooser Barbara, FDP
Bühler Evelyn, FDP	Moser Hans, SVP
Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
Bussard Lorenz, SVP	Rohrbach Verena, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ulrich, SVP
Deuber Beat, SP	Schörlin Marlise, SP
Deutsch Sandra, FDP	Sedlmayer Katrin, SP
Egli Claudia, SP	Stähli Markus, SVP
Graber Martin A., SP	Staub Hugo, SP
Gysel Hermann, EVP	Staub Stephie, SP
Hänni Thomas, FDP	Streiff Marco, EVP
Henggi Harald, FDP	Troxler Elisabeth, SP
Hofer Niklaus, SVP	Vifian Christian, SP
Krebs Daniel, SVP	Wyss Ursula, LdU
Lehmann Stefan, SVP	Zwahlen Rolf, EVP
Lagger Valentin, CVP	

Entschuldigt: Giger Beat, SD  
Riesen Anton, FDP

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Streiff Marianne, EVP
Siegenthaler Hans, SVP, Vizepräsident	Studer Ueli, SVP
Berger Verena, SP	Wilk Urs, FDP
Sommaruga Simonetta, SP	

Parlamentssekretärin: Zürcher Elisabeth

Protokoll: Spahr Ruth



Geschäfte	Seite
1. <b>Protokoll</b> .....	-
2. <b>Kommissionsersatzwahlen</b> .....	-
3. <b>Spezialkommission Bildungsreglement, Einsetzung und Wahl der Mitglieder</b>	-
4. <b>Voranschlag 2006</b> Genehmigung; Präsidial- und Finanzdirektion.....	-
5. <b>Finanzstrategie 2006 bis 2010</b> Kenntnisnahme; Präsidial- und Finanzdirektion .....	-
6. <b>Strassenlärmsanierung, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen</b> Rahmenkredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr .....	163
7. <b>Anbau Polizeigebäude, Sägestrasse 42, Köniz</b> Kredit; Direktion Gemeindebauten.....	166
8. <b>Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen</b> Kredit; Polizeidirektion .....	168
9. <b>Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO), Ackermann (FDP), Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie</b> Beantwortung 0525; Präsidial- und Finanzdirektion .....	173
10. <b>Motion Wyss (LdU) betr. „Köniz Innerorts“</b> Beantwortung 0504; Präsidial- und Finanzdirektion .....	174
11. <b>Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO), Maibach (GB), Lager (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz;</b> Beantwortung 0505; Präsidial- und Finanzdirektion .....	174
12. <b>Motion Graber (SP/JUSO) betr. „Rauchfreies Köniz“</b> Beantwortung 0508; Präsidial- und Finanzdirektion .....	175
13. <b>Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen</b> Beantwortung 0512; Präsidial- und Finanzdirektion .....	176
14. <b>Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement</b> Beantwortung 0513; Präsidial- und Finanzdirektion .....	177
15. <b>Motion GB betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum</b> Beantwortung 0514, Direktion Planung, Umwelt und Verkehr .....	178
16. <b>Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen</b> Beantwortung 0515; Präsidial- und Finanzdirektion .....	179
17. <b>Motion SVP betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorf-berg</b> Beantwortung 0516; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr .....	-
18. <b>Überparteiliches Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) / Zwahlen (EVP) betr. Aufnahmestopp Familienenergänzende Kinderbetreuung</b> Beantwortung 0517; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule .....	-
19. <b>Motion SVP betr. Aufhebung der Poller-Lösung an der Landorfstrasse</b> Beantwortung 0519; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr .....	-
20. <b>Verschiedenes</b> .....	179
<b>Nachtrag:</b>	
5a <b>Verwaltungsorganisationsreglement und Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat</b> Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion.....	158

## Begrüssung

**Die Parlamentspräsidentin:** Zur Fortsetzung der Sitzung vom 12. Dezember 2005 begrüesse ich euch herzlich.

## Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 36 Parlamentsmitgliedern. Herr Markus Stähli trifft um 19.07 Uhr und Frau Evelyn Bühler um 19.27 Uhr ein, so dass schliesslich 38 Parlamentsmitglieder anwesend sind. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Die Parlamentspräsidentin:** Zum Geschäft Nr. 5a, mit welchem wir heute beginnen, wurde euch eine zusätzliche Unterlage zugesandt. Ich hoffe, wir können die Traktanden bis um 22.00 behandeln. Wenn nicht, werden die verbleibenden Geschäfte auf die Januar-Sitzung verschoben.

### **5a Verwaltungsorganisationsreglement / Aufgabenüberprüfung im Gemeinderat** Reglement; Präsidial- und Finanzdirektion

**Die Parlamentspräsidentin:** Dieses Geschäft wurde nicht durch die GPK, sondern durch die Spezialkommission K2005 vorgeprüft.

**Herr Harald Henggi (FDP; Präsident der Spezialkommission K2005):** Zu diesem Thema muss ich etwas ausholen und gleichzeitig eine Standortbestimmung zum Projekt K2005 abgeben. Die Spezialkommission K2005 hat zum zweiten Mal "das Falsche gemacht". Statt die Arbeiten fortzuführen, für welche sie im Jahr 2001 gewählt wurde, befassten wir uns 2004 mit der neuen Gemeindeordnung (GO), und jetzt steht die Revision des Verwaltungsorganisationsreglementes an, die wegen der neuen GO, aber auch nach der Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates vorgenommen werden muss. Im August 2005 wurden wir über die Resultate der Aufgabenüberprüfung durch den Gemeinderat orientiert, und die K2005 befasste sich im September 2005 an zwei Sitzungen mit dem Verwaltungsorganisationsreglement. Sie stellte die Behandlung des Reglementes zurück. Der Hauptgrund lag darin, dass die Kommission die Ansicht vertrat, das Reglement gehe zwar in Bezug auf Verantwortlichkeiten durchaus in Richtung "NPM-light", doch sollte es gleichzeitig mit einer verbindlichen Übersicht beraten werden, die aufzeigen würde, wie die erforderlichen Punkte zur Erfüllung der Motion K2005 betreffend Strukturanpassungen sowohl zeitlich wie auch inhaltlich behandelt werden sollen. An der Sitzung vom 1. Dezember 2005 wurde uns diese Planung vorgelegt. Die Kommission stimmte dem Vorschlag des Gemeinderates samt Zeitplan zu und erklärte sich mit dem gemeinsamen weiteren Vorgehen einverstanden. Das Blatt, das dem Parlament abgegeben wurde, enthält die Planung und beschreibt, mit welchen Schritten der Gemeinderat die Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) einführen will. Selbstverständlich folgt jetzt die Feinplanung der einzelnen Schritte. Ferner wird ermittelt, was dem Parlament vorzulegen ist und abgeklärt, ob allenfalls eine Volksabstimmung - Teilrevision der GO - erforderlich ist. Die neue Darstellung des Voranschlages wird, entgegen der Forderung der Motion der Kommission K2005, erst im Budgetprozess 2008 erfolgen, weil die Zeit für die Vorbereitungen des Budgets 2007 in der neuen Form schlicht nicht ausreicht. Einzelne Punkte, die bereits in der Kommission besprochen wurden, werden durchaus noch zu diskutieren geben, insbesondere Punkt 7. Auf Details möchte ich jedoch nicht weiter eingehen. Damit ist in diesem Projekt - dies als Orientierung - ein Meilenstein gesetzt worden, und wir gehen davon aus, dass es jetzt weiter vorankommen wird.

Im Anschluss an die Diskussion über den Vorgehens- und Zeitplan befasste sich die Kommission mit dem Verwaltungsorganisationsreglement, das sich - wie bereits erwähnt - auf die neue GO und die Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates abstützt. Die Unterlagen zur Aufgabenüberprüfung wurden dem Parlament zugestellt. Ein Schwerpunkt ist die Schaffung der neuen Direktion Umwelt und Landschaft (DUL). Damit soll die bisherige Direktion PLUV (Planung, Umwelt und Verkehr), die sich weiterhin mit Siedlung, Verkehrsplanung, Strassenbau und Bauaufsicht befassen wird, entlastet werden. Ferner ist eine "Blaulichtdirektion", Direktion

Sicherheit (DSI), vorgesehen, d.h. alles, was mit Sicherheit zu tun hat, wird zusammengelegt. Weitere Verschiebungen und Konzentrationen, wie z.B. das Zuweisen des Kulturbereiches an eine einzige Stelle, sollen das Projekt abrunden. Das Verwaltungsorganisationsreglement ist sehr schlank ausgestaltet - der erste Entwurf war noch schlanker -, es konzentriert sich auf das Wesentliche. Die Details wird der Gemeinderat in der Verwaltungsorganisationsverordnung regeln. Dieser Erlass liegt noch nicht vor. Die Direktionen und Bereiche werden somit durch das Parlament bestimmt und die untergeordneten organisatorischen Einheiten vom Gemeinderat festgelegt. Der Gemeinderat möchte den heutigen Zustand nicht allzu lange in die neue Legislatur hinein nehmen und strebt die Inkraftsetzung spätestens per 1. April 2006 an. Die Kommission stimmte deshalb der Behandlung des Geschäftes an der heutigen Parlamentssitzung zu. Sie befasste sich sehr sachlich mit dem Reglement und beschloss einstimmig, dem Parlament zu empfehlen, das Verwaltungsorganisationsreglement gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu beschliessen. Ich gehe davon aus, dass die politische Würdigung insbesondere der Aufgabenüberprüfung zu Diskussionen führen wird und werde mich dazu später melden.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich danke Harald Henggi für die sorgfältige und umfassende Berichterstattung herzlich. Ich runde das Bild mit einigen Ergänzungen ab: Der Gemeinderat sah keine zwingende Verbindung zwischen der Aufgabenüberprüfung und dem Projekt K2005; die Kommission stellte diese Verbindung jedoch her, und wir waren gezwungen, darauf einzugehen. Richtig ist, dass für die Umsetzung des Projektes K2005 mit der Einführung der IAFP auch die Frage geprüft werden muss, ob die Gemeindeordnung zu ändern, d.h. eine Volksabstimmung durchzuführen ist. Der Gemeinderat möchte die neue Organisation spätestens per 1. April 2006 umsetzen, denn wir wollen die Direktionen wenn möglich nicht gemäss der alten Aufgabenverteilung zuteilen und nach kurzer Zeit bereits wieder einen Wechsel vornehmen. Nochmals zum Projekt K2005: Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass die IAFP gemäss dem euch vorliegenden zeitlichen Raster umgesetzt wird. Ich weise darauf hin, dass damit - gemäss unseren ersten Schätzungen - Zusatzkosten in der Höhe von maximal 150'000 Franken entstehen werden. Diese Ausgaben sind nicht budgetiert und wir haben erst begonnen, Offerten einzuholen. Wir sind bereit - auf der Basis der Vorarbeiten (Produktgruppenbudgets), welche die Kommission bereits vor längerer Zeit erhalten hat - die Aufgaben der Verwaltung innerhalb der IAFP in dieser Form zu präsentieren. Das war ein wichtiges Anliegen der Kommission. Der Gemeinderat geht dabei davon aus, dass diese Art der Darstellung nicht flächendeckend über sämtliche Dienstleistungen und Aufgaben in der Verwaltung nach dem Grundgedanken von "NPM" erfolgen muss, sondern dass wir eine vertiefte Darstellung unserer Dienstleistungen dort in Form von Produktgruppen wählen, wo wir den Eindruck haben, wir könnten und wollten in dieser Form steuern. Das ist ein Prozess, der noch gemeinsam auszuhandeln ist. In diesem Sinn kann ich die Aussagen, welche ich im Namen des Gemeinderates gegenüber der Kommission machte, im Parlament nochmals zum Ausdruck bringen.

## **Eintreten**

**Frau Ursula Wyss (LdU):** Die Verlierer der diesjährigen Gemeindewahlen jammern über das Könizer Wahlsystem, es sei ungerecht und undurchsichtig. Nicht das Wahlsystem ist ungerecht, sondern die Struktur des Gemeinderates mit der Aufteilung in Voll- und Nebenämter. Das Wahlsystem ist nur die Folge davon. Mit dem vorgelegten Reglement würde genau diese Struktur zementiert. Wollen wir das? Wäre es nicht besser, sich in Ruhe Gedanken über andere Modelle zu machen, statt jetzt schnell, noch vor der Arbeitsaufnahme des neuen Gemeinderates, das Reglement zu verabschieden und die Direktionen anders einzuteilen? Das ist doch reine Zwängerei und lediglich Symptombekämpfung. Ihr wisst, dass die Initiative betreffend Kronprinzenregelung eingereicht wurde. Hinzu kommt, dass zur Zeit Unterschriften für eine Initiative "5 statt 7 Gemeinderäte" gesammelt werden. Beides wird Auswirkungen auf das Wahlreglement haben, und die Direktionen müssten wiederum geändert werden, wie es übrigens in der Stadt Bern praktiziert wurde. Kurz nach einer Reorganisation wurde die Initiative für 5 Gemeinderäte angenommen. In der Privatwirtschaft habe ich X-Male kurz aufeinander folgende Reorganisationen erlebt. Das hat immer Auswirkungen auf die Mitarbeitenden, es bringt Unruhe und benötigt viel Energie. Köniz sollte nach meiner Meinung nicht dieselben Fehler machen. Ich schlage deshalb vor, im Moment nichts zu ändern, sondern andere Modelle zu prüfen, z.B. 6 gleichwertige Gemeinderatsmitglieder und ein Gemeindepräsidium.

Auch soll der Ausgang der Initiativen abgewartet und erst dann eine wirkliche Reorganisation vorgenommen werden, die Hand und Fuss und für längere Zeit Bestand hat. In diesem Sinne bitte ich euch, das Reglement abzulehnen.

**Frau Stephie Staub (SP):** Im Gegensatz zu meiner Vorrednerin teile ich mit, dass die SP/JUSO-Fraktion klar hinter der neuen Aufgabenzuteilung steht und dem neuen Verwaltungsorganisationsreglement einstimmig zustimmt. Vor allem ist wichtig, dass die neu eingeteilten Direktionen politisch gleichwertige Aufgabenbereiche erhalten, die von der "alten Crew" des Gemeinderates anlässlich mehrerer Klausursitzungen erarbeitet wurden. Ich denke, diese Personen verfügen über viele Jahre Erfahrungen und haben die Probleme erkannt. Uns scheint die neue Einteilung logisch und durchdacht zu sein, denn für die Neuteilung wurden z.B. Veränderungen im Zivilschutz und bei der Polizei berücksichtigt. Ebenso ist ein Vorstoss von Peter Antenen betreffend Zusammenschluss der "Blaulichtorganisationen" berücksichtigt worden, d.h. diese sind neu im gleichen Gebäude untergebracht und die Synergien können bestens genutzt werden. Neu entstehen soll - wie auf Bundesebene das BUWAL - die Direktion DJL (Direktion Umwelt und Landschaft). In dieser neuen Direktion sollen die Landschaftspflege inkl. Ackerbaustelle - bisher Planungsabteilung - und die Aufgaben der bestehenden Abteilung Umweltschutz zusammengefasst werden, wodurch die Direktion PLUV entlastet wird. Die neue Direktion ist sehr wichtig, denn der Umweltschutz braucht das nötige Gehör und Gewicht, und die verschiedenen vom Kanton auferlegten Vollzugsaufgaben können so viel besser als bisher bewältigt werden. Der Bereich Kultur ist heute auf mehrere Direktionen aufgeteilt und soll nun einer einzigen Direktion unterstellt werden. Wir finden es sehr wichtig, dass der Aufbau der neuen Direktionen sehr gründlich und gut gestaltet werden kann, d.h. die neue Crew im Gemeinderat soll spätestens im April mit dem neuen System starten und damit noch Gelegenheit haben, organisatorische und technische Details mitzubestimmen. Die Grundlagen wurden vom Gemeinderat festgelegt, und nun denke ich, mit dieser Struktur müsse weitergearbeitet werden können.

**Herr Christian Burren (SVP):** Ich nehme vorweg, dass die SVP-Fraktion dem Reglement mehrheitlich zustimmt. Es enthält keine riesigen Veränderungen, und ich gebe Ursula Wyss dahingehend Recht, wenn sie fordert, nicht noch schnell etwas zu ändern, wenn noch grössere Änderungen bevorstehen könnten. Aber z.B. bei der neuen Blaulichtdirektion werden keine grossen Bewegungen notwendig sein, denn Polizei, Zivilschutz und Feuerwehr haben auf Abteilungsstufe bereits heute die gleiche Leitung. Hier ändert mit der neuen Direktion lediglich, dass ein Gemeinderatsmitglied für alle drei Abteilungen zuständig ist. Die neue DJL macht durchaus Sinn, aber ich rege an, nicht nur das LEK (Landschafts-Entwicklungs-Konzept), das für die Landwirtschaft von grosser Bedeutung ist, sondern auch die Ackerbaustelle dort anzusiedeln. Somit hätten die Landwirte der Gemeinde Köniz eine einzige Ansprechstelle. Wie wir gehört haben, wird der Bereich Kultur in der DBS (Direktion Bildung und Soziales) angesiedelt. Weshalb? Die heutige Direktion SGS verliert gewisse Aufgaben im Spitalversorgungsbereich, die an den Kanton gehen, und wir liessen uns vom Vorsteher erklären, die Übernahme des Kultursekretariates bilde kein Problem. Die SVP wird dem Verwaltungsorganisationsreglement in der vorliegenden Fassung mehrheitlich zustimmen.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Auch das Grüne Bündnis unterstützt das Verwaltungsorganisationsreglement mit der Begründung "lieber den Spatz in Hand als die Taube auf dem Dach". Für uns macht diese Neuorganisation Sinn. Die Wahlen vom 27. November 2005 haben gezeigt, dass die Stimmbevölkerung eine grünere Politik wünscht, und mit der Schaffung der DJL trägt der Gemeinderat diesem Umstand Rechnung. Es sieht so aus, als habe er damit politische Weitsicht bewiesen. Die Zusammenfassung der "grünen Bereiche" schafft Synergien, was uns sehr wichtig scheint. Diese Direktion wird sich somit mit dem Thema Nachhaltigkeit befassen, d.h. mit der Lokalen Agenda 21 und mit dem Mobilitätsmanagement, wenn das Parlament diesen Geschäften zustimmt. Schliesslich geht es um die Erarbeitung einer Gesamtstrategie, wie die Gemeinde nachhaltig funktionieren kann. Ein Punkt könnte z.B. sein, wie wir bis in ungefähr 40 Jahren ohne fossile Brennstoffe auskommen werden. Wir fragen uns allerdings, ob für all diese Aufgaben genug personelle Mittel zur Verfügung stehen. Wir finden weiter, das Thema Nachhaltigkeit dürfe auf keinen Fall in dieser Direktion isoliert werden, sondern sei eine Querschnittsaufgabe, die alle Direktionen übernehmen müssen. Die DJL soll jedoch die Federführung übernehmen. Auch die anderen Punkte scheinen uns sinnvoll, z.B. das Zusammenführen der Blaulichtorganisationen unter einer Direktion. Beim Kultur-

sekretariat stellten wir uns dieselben Fragen wie die SVP. Wir sahen aber, dass der Gemeinderat in Zukunft mehr mit Gemeinderatsdelegationen arbeiten will, d.h. drei Gemeinderäte bearbeiten zusammen ein Thema, was uns sehr sinnvoll erscheint. Gerade dafür bieten sich Themen wie Kultur oder Nachhaltigkeit geradezu an.

**Herr Harald Henggi (FDP):** Auch die FDP/jfk-Fraktion ist von der Arbeit der Aufgabenüberprüfung des Gemeinderates nicht begeistert. Nach unserer Auffassung wurden die Rahmenbedingungen zu eng gesteckt, die grundlegenden Fragen nicht gestellt, d.h. die Frage, welche Regierung und Verwaltung die Könizer Bevölkerung braucht. Die Resultate gehen entsprechend zu wenig tief, es gibt einige Verschiebungen, Rückverschiebungen, eine neue Direktion, Prozessanpassungen - durchaus auch gute - und Verbesserungen von Nahtstellen. Wir gehen davon aus, dass wir in der nächsten Legislatur Gelegenheit haben werden, uns mit diesen Fragen noch intensiver zu befassen. Wir müssen auch erklären, dass der heutige Zustand, insbesondere mit der unterschiedlichen Belastung der nebenamtlichen Direktionen, nicht befriedigt, was für uns der Grund ist, dass der jetzige Schritt, als Zwischenschritt gesehen, absolut möglich ist.

**Herr Valentin Lagger (CVP):** Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners 1 : 1 anschliessen und ergänze noch, dass wir mit der Verabschiedung des Verwaltungsorganisationsreglementes, das auf zweieinhalb Seiten Platz findet, eine grosse Strategieänderung vornehmen. Genau hier geht es um die Führung einer Verwaltung nach NPM (New Public Management). Stimmen wir dem Reglement heute zu, stimmen wir der Einführung von NPM zu. In diesem Sinne war die Kommission K2005 einstimmig der Meinung, dass - entgegen den Ausführungen des Gemeindepräsidenten - das Verwaltungsorganisationsreglement einen sehr klaren, direkten und grossen Zusammenhang mit der Einführung oder Nichteinführung von Produktbudgets hat. Wir geben mit diesem Reglement gewisse Kompetenzen - wahrscheinlich richtigerweise - an den Gemeinderat ab. Dann muss aber zwingend der zweite Schritt kommen, nämlich dem Parlament müssen die nötigen Kompetenzen gegeben werden, damit das Ganze nach dem Prinzip von NPM ausgewogen vor sich gehen kann.

### **Detailberatung**

**Die Parlamentspräsidentin:** Zuerst behandeln wir die Beilage 3, d.h. die Aufgabenüberprüfung, anschliessend das Reglement (Beilage 1) artikelweise und schliesslich kommen wir zurück zum Bericht und Antrag. Die Beilage 2 ist lediglich eine Information und wird nicht beraten.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Der SVP-Sprecher erklärte vorhin, alle die Landwirtschaft betreffenden Aufgaben sollten in einer Direktion zusammengefasst sein. In Art. 5 wird die Landschaftsplanung und in Art. 10 die Landschaftspflege erwähnt. Belassen wir dies so, wird es schwierig. Ich schlage folgende Änderung vor: In Art. 5 ist statt *Siedlungsplanung, Landschaftsplanung* nur *Planung* und in Art. 10 statt *Landschaftspflege* nur *Landschaft* einzufügen. Diese Formulierung würde es dem Gemeinderat erlauben, noch selbst bestimmen, wie er die Aufteilung genau vornehmen will. Für uns Parlamentarier ist schwierig abzusehen, ob die Auseinanderdividierung der einen Abteilung sinnvoll ist oder nicht.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich hole noch etwas zu den gefallen Voten aus: Ich danke jenen Votanten, die das Geschäft unterstützen und sei es auch nur - wie seitens der FDP - weil der heutige Zustand nicht zu befriedigen vermag. Hier standen die Unterstützung für Reformvorhaben, wie 5 statt 7 Gemeinderäte, Pate und schicken ihre Vorboten aus. Ich muss feststellen, dass gegenwärtig in Bezug auf die Grösse des Gemeinderates und auf die Aufteilung in Haupt- und Nebenämter alles, was nicht dem Status quo entspricht, unwahrscheinlichen Charme hat und sehr "in" ist. Ich denke, wir werden im weiteren Verlauf der neuen Legislatur Gelegenheit haben, in die Tiefe zu gehen und sehen, ob die vorgesehenen Modelle ihre Versprechungen einhalten könnten und ob sie so viel besser wären als die heutige Aufteilung in drei Voll- und vier Nebenämter. Für den Gemeinderat, der Ungleichheiten zwischen den politischen Aufgaben der einzelnen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte feststellte, war klar, dass Handlungsbedarf besteht und wir - wenn auch möglicherweise nur für vier Jahre - eine neue Lösung haben wollen. Im Rahmen kleinerer Veränderungen soll eine neue Struktur geschaffen werden, die nicht alles auf den Kopf stellt. Vier Jahre sind eine lange Zeit und auch für die Verwaltung eine absolut zumutbare zeitliche Perspektive, selbst wenn bei Beginn der übernächsten Legislatur eine weitere Regierungsreform in Kraft treten sollte.

Das Modell macht im Übrigen nach Auffassung des Gemeinderates sehr wohl auch Sinn, wenn z.B. eine Verkleinerung von 7 auf 5 Gemeinderäte käme. Es enthält Grundsatzentscheide, die wir bei der Aufgabenüberprüfung fällen, und Weichenstellungen. Ich denke z.B. an die DSI (Direktion Sicherheit). Dieser Entscheid würde nicht so schnell wieder rückgängig gemacht werden. Ich bestätige zu Händen von Christian Burren, dass wir die Ackerbaustelle in die DUL integrieren werden. Das ist jedenfalls die Absicht, die im Schlussbericht dargelegt wird. Diese Frage wird im Detail im Teilprojekt Schaffung der DUL geprüft. Dass die Kultur in der DBS zu einer Aufgabenerweiterung führt, ist grundsätzlich richtig. Nicht vergessen dürfen wir aber, dass durch Veränderungen in der übergeordneten Gesetzgebung auch deutliche Entlastungen stattgefunden haben, allein das Beispiel der stationären Gesundheitsversorgung im Kanton Bern zeigt dies auf. Diese Aufgabe wurde gemeinsam von Kanton und Gemeinden neu zugeteilt und forderte den Vorgänger von Ueli Studer, Daniel Pauli, im Rahmen seines Mandates im Vorstand des Spitalverbandes - wie auch Mitarbeitende der Verwaltung - sehr stark. Mit der Änderung der Regelung der Spitalversorgung, die jetzt in der alleinigen Kompetenz des Kantons liegt, ist diese Aufgabe der Direktion weitgehend weggefallen. Ein Wort noch zu Valentin Lagger: Ich gestatte mir als Widerlegung zu seiner Aussage, dass die Genehmigung des Verwaltungsorganisationsreglements zwingend den Startschuss zu NPM bedeutet, den Hinweis auf zahlreiche Beispiele aus andern Gemeinden, welche die Aufgabenverteilung noch viel radikaler anders regeln als das von uns gewählte Modell, mit welchem das Parlament weiterhin über eine grosse Regelungskompetenz verfügen wird. Diese Gemeinden haben nicht alle NPM eingeführt, sondern sie hüten sich, dies zu tun. Es gibt somit nach meiner Auffassung keinen zwingenden Konnex zwischen diesen beiden Themen.

Ich komme nun zum Einwand von Hansueli Pestalozzi: Würdet ihr den Antrag von Hansueli Pestalozzi zur Änderung von Art. 5 und 10 annehmen, wäre das nicht gut. Im Schlussbericht, der auch der Spezialkommission zur Verfügung stand, stellten wir klar fest, dass die strategischen Linien der Siedlungs- und Landschaftsplanung in der Direktion DPV (Direktion Planung und Verkehr) bleiben sollen, jedoch alles Operative (Landschaftspflege, Landschaftsschutz inkl. Ackerbaustelle) an die DUL übergehen soll. Nach Auffassung des Gemeinderates ist dies der richtige Schnitt. Wenn wir den Begriff *Planung* ohne jegliche Präzisierung einfügen, ist nicht mehr klar, ob es um Finanzplanung oder weitere Planungen geht, die dort angesiedelt sein sollen. Die Präzisierung in Art. 5 ist notwendig. Wenn in Art. 10 nur noch der Begriff *Landschaft* und in Art. 5 nur noch *Planung* steht, werden die Definitionen nicht klar abgegrenzt. Die von uns gewählte Umschreibung - einerseits die Landschaftsplanung zusammen mit der Siedlungsplanung als wichtiges Aufgabengebiet der Direktion DPV und andererseits das Operative wie Landschaftspflege und Landschaftsschutz in der DUL - ist eine saubere Aufteilung, die im Detailprojekt noch fein zu justieren sein wird.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Ich erklärte vorhin, der Gemeinderat habe die Absicht, vermehrt in Gemeinderatsdelegationen zu arbeiten, was wir sehr befürworten. Wir sähen es gerne, wenn dies in Art. 11 mit einem weitem Punkt in Abs. 2 erwähnt wäre. Unser Antrag lautet "über das vernetzte Arbeiten in Gemeinderatsdelegationen".

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich bitte euch, die beiden - nach meiner Meinung überflüssigen - Anträge abzulehnen.

*Die beiden Anträge von Hansueli Pestalozzi, in Art. 5 statt Siedlungsplanung und Landschaftsplanung nur Planung und in Art. 11 Abs. 2 zusätzlich die Bestimmung "über das vernetzte Arbeiten in Gemeinderatsdelegationen" einzufügen, werden mit grossem Mehr abgelehnt.*

Mit 35 zu 2 Stimmen, bei einer Enthaltung, fasst das Parlament den

### **Beschluss**

**Das Parlament beschliesst das Verwaltungsorganisationsreglement gemäss vorgelegtem Entwurf und beauftragt den Gemeinderat mit der Inkraftsetzung.**



## 6. Strassenlärmsanierung der Gemeinde Köniz, Realisierung von Lärmschutzmassnahmen, Rahmenkredit

Kredit; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

**Frau Katrin Sedlmayer (SP/JUSO), GPK-Sprecherin:** Ich habe dieses Geschäft zusammen mit Herrn Gemeinderat Urs Wilk und mit dem zuständigen Sachbearbeiter, Herrn Geiser, angeschaut. Kurz die wichtigsten Fakten dazu: Es geht um Sanierungsmassnahmen bei acht Gemeindestrassen. Dafür wird die Bewilligung eines Rahmenkredits von 2,1 Millionen Franken, wovon die Gemeinde voraussichtlich 1,5 Millionen Franken selbst bezahlen muss, beantragt. Ein wichtiger Punkt: Bei der Lärmschutzverordnung (LSV) handelt es sich um eine eidgenössische Verordnung, wonach die Sanierungsmassnahmen bis 2018 auszuführen sind, d.h. wir müssen die Lärmschutzsanierungen realisieren, ob wir dies nun wollen oder nicht. Bewilligen wir den Rahmenkredit, heisst das nicht, dass diese Mittel in jenem Jahr ausgegeben werden, das im Antrag aufgeführt ist. Jedes Projekt muss einzeln durch den zuständigen Vorsteher dem Gemeinderat vorgelegt und die Ausführung von der Exekutive bewilligt werden. Als wichtig zu erwähnen scheint mir noch der Umstand, dass - gemäss Lärmschutzverordnung - bei eventuellen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte zuerst Lärmschutzwände erstellt und erst bei effektiven Überschreitungen der Alarmwerte zusätzlich Schallschutzfenster eingebaut werden müssen. Der Bund hat die Beiträge für Lärmschutzmassnahmen von 58 auf aktuell 28 Prozente gekürzt.

In der GPK wurde gefragt, ob es zu Lärmübertragungen kommen könne, wenn auf der einen Strassenseite Lärmschutzwände aufgestellt werden, auf der anderen aber nicht. Nein, wurde geantwortet, die Schallschutzwände schlucken den Schall und geben ihn nicht weiter. Die Kosten von 3'000 Franken pro Schallschutzfenster an der Wabersackerstrasse schienen einigen GPK-Mitgliedern sehr hoch zu sein. Dazu wurde erklärt, auch die Storen und die Fensterrahmen hätten geändert werden müssen, und das Spezialglas für die Fenster koste 1'000 Franken pro Quadratmeter. Bei 22 Liegenschaften wurden der Gemeinde Erleichterungen zugestanden, d.h. dort muss nicht saniert werden. Wie reagierten die betroffenen Bürgerinnen und Bürger? Zum Teil kam es zu Einsprachen, die jedoch bereits bereinigt sind. Ein wichtiger Punkt auch hiezu: Vielfach wurden Erleichterungen zugestanden, weil nicht - vor allem wegen Garagezufahrten - durchgehend Lärmschutzwände erstellt werden konnten. Sobald in einer Lärmschutzwand eine Öffnung besteht, ist die Wirkung eingeschränkt. Weiter wurde gefragt, ob das Geschäft bis ins Jahr 2018 hinausgeschoben werden könnte, was jedoch nicht im Interesse der Betroffenen sein dürfte. Man kann sich auch fragen, ob die Lärmschutzwerte, die vor ein paar Jahren gemessen wurden, in zehn Jahren noch stimmen. Gefragt wurde auch, ob an der Hessesstrasse der Lärmwert mit einer Reduktion auf Tempo 30 herunter gesetzt werden könnte. Hier wurde geantwortet, Tempo 30 auf der Hessesstrasse sei nicht möglich, weil es sich um einen Autobahnzubringer handle.

Mit 6 : 1 Stimmen beantragt die GPK dem Parlament, dem Geschäft zuzustimmen.

### Eintreten

**Herr Peter Antenen (SP):** Ich nehme gleich vorweg, dass für die SP/JUSO-Fraktion Strassenlärmsanierungen keine wünschenswerten, sondern - leider, in der heutigen Zeit - notwendige Investitionen sind. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst die Absicht, dass der Gemeinderat die Anwohnenden vor Lärmimmissionen schützen will. Die vom Gemeinderat aufgezeigten Strassenteilstücke zeigen, dass in unserer Gemeinde vielerorts Handlungsbedarf bezüglich Lärmschutz besteht. Für die SP/JUSO-Fraktion ist die Sanierung jedes der vorgesehenen Strassenteilstücke unbestritten. Uns ist wichtig, dass der Gemeinderat jetzt vorwärts macht, nicht zuletzt auch deshalb, weil - wie wir gehört haben - der Bund die Beiträge von 58 auf 28 Prozente gekürzt hat. Wer weiss, was auf übergeordneter Stufe noch alles beschlossen werden wird? Die Subventionen machen jedoch einen grossen Teil der Finanzierung aus. Die gesamten Kosten in der Höhe von 1,512 Millionen Franken sind nicht ganz ohne, auch wenn sie bis ins Jahr 2018 aufgeteilt werden können. Um diese Kosten allenfalls etwas zu senken, stellen wir, zusammen mit dem Grünen Bündnis, den Antrag, dass der Gemeinderat im Teilstück Hessesstrasse zusätzlich verkehrsberuhigende Massnahmen, wie Tempo 30, Flüsterbelag oder eine mögliche Verkehrsumlagerung auf die neue Bündenackerstrasse prüft. Gerade mit solchen Massnahmen könnten eventuell bauliche Sanierungsmassnahmen umgangen und

Kosten gespart werden. Massnahmen wie Tempo 30 oder der Ausschluss von Schwerverkehr auf der Hessesstrasse würde nicht zuletzt auch einer aktiven Schulwegsicherung dienen. Baulicher Lärmschutz, der zweckmässig sein soll, ist vielerorts bezüglich Ortsbild nicht gerade als schön zu bezeichnen. Wir stellen deshalb den Antrag, den Gemeinderat zu verpflichten, die Gestaltung der Lärmschutzwände oder sonstigen Lärmschutzbauten durch Fachleute begleiten zu lassen. Für uns ist es sehr wichtig, dass sich Lärmschutzbauten gut ins Ortsbild einfügen und nicht als störend empfunden werden. Zu Händen der Sitzungsleitung formuliere ich die beiden Anträge, die wir zusammen mit dem Grünen Bündnis stellen, nochmals. Der Beschluss ist wie folgt zu ergänzen: In Punkt 4: Der Gemeinderat prüft beim Strassenteilstück Hessesstrasse zusätzliche verkehrsberuhigende Massnahmen wie Tempo 30, Verkehrsumlagerung auf die Bündenackerstrasse und/oder den Einsatz von lärmarmem Belag. In Punkt 5: Die Planung der Lärmschutzwände muss gestalterisch durch Fachleute begleitet werden, damit sie optimal ins Ortsbild integriert werden. "Schluchtsituationen" müssen vermieden werden.

**Frau Barbara Mooser (FDP):** Die FDP/jfk-Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft. Gemäss LSV wird die Sanierungsfrist bis Mai 2018 festgelegt, demnach haben wir genügend Zeit, um die Lärmschutzmassnahmen - die wir nicht bestreiten und die zweifellos notwendig sind - erst in vielleicht zwei Jahren, wenn unsere finanzielle Situation besser sein wird, zu verwirklichen. Köniz muss dem Kanton und dem Bund gegenüber nicht immer sofort Gehorsam erbringen. Besser ist es doch, zuerst den Bilanzfehlbetrag abzubauen. Damit hat der Gemeinderat die Möglichkeit, die dringendsten Massnahmen ohne Zeitdruck zu treffen. Man könnte das Geschäft auch fünf oder sechs Jahre hinausschieben, und die Zeit würde immer noch ausreichen, um die Sanierungen bis im Jahr 2018 zu realisieren. Wer weiss, vielleicht wird diese Frist sogar noch verlängert. Wenn die notwendigen Mittel nicht vorhanden sind, muss für eine gewisse Zeit auf etwas verzichtet werden können. Aus diesem Grund stellt die FDP/jfk-Fraktion den Rückweisungsantrag.

**Die Parlamentspräsidentin:** Zuerst wird über Eintreten und erst danach über den Rückweisungsantrag entschieden.

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Lärm ist eines der grössten Umweltprobleme der Schweiz. Man rechnet mit Kosten von etwa einer Milliarde Franken pro Jahr, die durch Lärm verursacht werden. Das sind vor allem Verluste von Hausbesitzern, die weniger Miete für lärmbelastete Wohnungen verlangen können, und Gesundheitskosten. Für die Gemeinde Köniz wären dies Kosten von ungefähr 5,6 Millionen Franken pro Jahr, d.h. der Betrag, über welchen wir abstimmen, wäre innert eines halben Jahres bereits wieder "eingespielt". Hätten wir diese Massnahmen vor zwei Jahren beschlossen, müssten wir bereits 630'000 Franken weniger ausgeben. Umweltschutzmassnahmen hinauszuschieben, kann sehr teuer zu stehen kommen. Ich ergänze noch, dass versucht wird, bei den gesetzlich vorgeschriebenen Lärmsanierungen immer zuerst die Lärmquelle zu vermindern. Das ist meistens die beste und billigste Lösung, wovon sämtliche Anwohnenden profitieren. In einem zweiten Schritt - wenn der erste nicht möglich ist - wird versucht, die Ausbreitung des Lärms zu verhindern und erst in einem dritten Schritt werden Gebäude mit Lärmschutzfenstern ausgestattet, aber nur, wenn die Alarmwerte überschritten werden. Für den ersten von mir erwähnten Schritt kommen drei verschiedene Massnahmen in Frage: Erstens eine Verkehrsreduktion, zweitens eine Geschwindigkeitsreduktion - Autos die langsamer fahren, verursachen weniger Rollgeräusche - und drittens lärmarme Beläge. In den geplanten Sanierungsprogrammen sind in keinem einzigen Fall Massnahmen an den Lärmquellen vorgesehen. Punkte lärmarme Beläge (Flüsterbeläge): Ich selber arbeite an einem Projekt für die Entwicklung lärmarmen Beläge mit. Das sind offenporige Beläge, in welchen das Wasser versickern kann, und die Lärm schlucken. Auf Autobahnen haben sich diese Beläge bereits langfristig bewährt und vermindern den Lärm so stark, wie wenn der Verkehr um 75 Prozent reduziert würde. Im Innerortsbereich stellen wir ähnliche Resultate fest, verfügen aber erst über eine Erfahrung von einem Jahr. Die Kosten eines Flüsterbelages liegen um 30 bis 40 Prozent höher als bei normalen Belägen. Lärmschutzwände sind immer schwierig zu realisieren, teuer und, bieten einen nur sehr begrenzten Schutz. Zudem ist es schwierig, sie ins Ortsbild einzupassen, und oft führen sie zu Schluchtsituationen. In der Gemeinde Köniz - das muss ich doch noch erwähnen - verfügen wir über sehr gute Beispiele von Lärmschutzwänden, z.B. an der Schwarzenburgstrasse oberhalb des Oberstufenzentrums. Wir haben jedoch auch ganz schlechte Beispiele, wie z.B. an der Könizstrasse, wo Einfamilienhäuser richtiggehend eingemauert wurden. Dies als Begründung für die von Peter Antenen

gestellten Anträge.

Ich habe noch folgende Rechnung erstellt: Würde an der Hessesstrasse Tempo 30 realisiert und davon ausgegangen, dass der Verkehr nicht mehr zunimmt, würde eine Lärmreduktion in jener Grössenordnung realisiert, die ermöglichen würde, zwei bis vier Lärmschutzwände einzusparen. Gleichzeitig würde die Schulwegsicherheit massiv erhöht. Deshalb bitte ich euch, den beiden Anträgen zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

**Herr Marco Streiff (EVP):** Die CVP/EVP/LdU-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag mehrheitlich. Besser wäre es gewesen, wenn dieses Geschäft vor zwei Jahren "über die Bühne gegangen" wäre, die Kosten wären wesentlich tiefer gewesen. Wir haben sehr lange über dieses Geschäft diskutiert. Vor- und Nachteile abzuwägen, war sehr schwierig, und wir sind zum Schluss gekommen, mit dem Realisieren der Sanierungen solle noch etwas gewartet werden. Wir begrüssen das Vorgehen des Gemeinderates, uns das Geschäft als ganzes Paket vorzulegen, damit wir uns der gesamten Kosten bewusst sind, aber wenn wir den Investitionsplan betrachten, stellen wir fest, dass der Gemeinderat die geplanten Lärm reduzierenden Massnahmen zurückgestellt hat. Beim vorliegenden Geschäft geht es nach unserer Meinung lediglich um reine Symptombekämpfung. Unsere Gemeinde hat zur Zeit sehr grosse finanzielle Schwierigkeiten und - wie bereits erwähnt wurde - sind diese zu bewältigen, bevor die Lärmsanierungen an die Hand genommen werden. Weil wir bis ins Jahr 2018 Zeit haben, um die Lärmschutzmassnahmen zu realisieren, wollen wir dieses Geschäft zurückstellen und hoffen, dass die finanzielle Situation zu einem späteren Zeitpunkt etwas besser aussehen wird. Zudem sollte die Umsetzung der finanzpolitischen Ziele des Gemeinderates abgewartet werden, und vielleicht verfügen wir dannzumal auch über mehr Erfahrungen bei Lärmschutzbelägen innerorts.

**Herr Peter Antenen (SP):** Wenn gesagt wird, man wolle aus finanzpolitischen Gründen nicht auf das Geschäft eintreten, mag das wohl ein Grund sein, aber der Lärm kann nicht zurückgestellt werden, er ist letztendlich vorhanden. Gegen den Lärm, den wir alle tagtäglich produzieren, müssen wir etwas tun. Das wird auch mit übergeordnetem Gesetz von uns verlangt, und bis ins Jahr 2018 haben wir Zeit für das Realisieren von Sanierungen. Das Problem muss jetzt angegangen werden, und in der Vorlage können wir nachlesen, dass die Projekte etappiert werden und jedes einzelne Projekt Eingang in den rollend zu überprüfenden Finanzplan finden wird. Ich glaube, wir dürfen dieses Geschäft nicht zurückstellen, denn letztendlich wollen wir eine attraktive Wohngemeinde sein und Steuermehreinnahmen generieren. Dafür müssen Wohnungen, die zentrumsnah an verkehrsreichen Strassen liegen, vor Lärm geschützt werden. Es kann nicht sein, dass Leute, die sich teure Wohnungen in ruhigen Quartieren nicht leisten können, an lärmreichen Strassen wohnen müssen.

**Herr Ueli Salvisberg (SVP):** Die SVP-Fraktion steht klar dafür ein, die Lärmschutzmassnahmen zu realisieren. Das vorgesehene etappierte Szenario des Gemeinderates ist nach unserer Meinung gut, aber nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt, denn uns drückt der finanzielle Schuh, und deshalb werden wir den Rückweisungsantrag unterstützen. Wir sind nicht explizit gegen die Lärmschutzwände, aber wir müssen zuerst die Gemeindefinanzen sanieren und anschliessend - wenn wir uns dies leisten können - können wir für die Realisierung des Geschäftes Hand bieten.

**Herr Hugo Staub (SP):** Ich stelle immer wieder fest, dass bei Diskussionen um Lärm Worte fallen, welche die Angelegenheit verharmlosen. Lärmschutz tönt fast so, als müsse man den Lärm schützen. Hier geht es um Lärmverschmutzung und um Lärmopferhilfe. Verwenden wir diese Begriffe, sieht alles anders aus. Tätigen wir diese Investitionen nicht, entsteht ganz klar wachsender Schaden an Substanz und Erträgen von Liegenschaften, aber auch an der Gesundheit der Bevölkerung. Man kann das Geschäft nicht nur aus der finanzpolitischen Optik betrachten. Ich verstehe die Argumente aus finanzpolitischer Sicht, aber es geht hier um äusserst wertvolle und schützenswerte Güter wie z.B. die Gesundheit der Bevölkerung und die Wohnqualität an den Hauptverkehrsachsen. Damit gute Wohnqualität auch an verkehrsreichen Strassen erreicht werden kann, braucht es einen grossen Effort, der meines Erachtens erbracht werden muss.

**Herr Markus Stähli (SVP):** Der Ordnung halber erlaube ich mir eine Bemerkung zu den Lärm verhindernden Belägen, deren Befürworter ich bin. Richtig wurde von Hansueli Pestalozzi gesagt, dass diese Beläge 30 bis 40 Prozente teurer sind; aber nicht erwähnt wurde, dass die

Herstellung solcher Beläge mehr Energie benötigt, dass ein kunstmodifiziertes Bindemittel benötigt wird, mehr Pneubetrieb entsteht und demzufolge mehr Wasser gereinigt werden muss. Diese drei Punkte werden gerne vergessen.

**Herr Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Lärmschutzmassnahmen sind eine Pflicht, die uns vom Bund auferlegt wurde. Wir haben keine Wahl, ob wir diese realisieren oder nicht. Lärmschutzmassnahmen bestehen zum heutigen Zeitpunkt, in welchem man mit so genannten Flüsterbelägen - wie Hansueli Pestalozzi richtig erwähnt hat - noch keine grosse Erfahrung hat, in Lärmschutzwänden und Schallschutzfenstern. Wir unterbreiten euch das Geschäft so, damit ihr einen Überblick habt, welche gewaltige Kosten auf die Gemeinde zukommen. 1,5 Millionen Franken sind kein Pappenstiel, und die Beiträge des Bundes wurden bereits gekürzt. Dem Antrag ist auch zu entnehmen, dass sich der Gemeinderat ausbedingt, jedes einzelne Projekt erneut zu beraten, damit ihr Gewähr habt, dass wir keine "Lärmschutzorgie" abhalten, die ausserhalb sämtlicher finanzieller Möglichkeiten liegt. Der Gemeinderat ist sich seiner Verantwortung bewusst. Wenn das Parlament dieses Geschäft zurückweist, muss er dies zur Kenntnis nehmen, nach meiner Meinung wäre das jedoch nicht gut.

Mit 20 zu 15 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, fasst das Parlament den

### **Beschluss**

***Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.***

## **7. Anbau Polizeigebäude Sägestrasse 42, Köniz**

Kredit; Direktion Gemeindebauten

**Herr Rolf Zwahlen (EVP), GPK-Sprecher:** Zuerst gebe ich einige Ergänzungen und Erklärungen zum vorliegenden Bericht ab: Auf Seite 3 ist unter Punkt 4.1 / Anlagekosten der Landpreis nicht enthalten, aber bei der Berechnung des Mietzinses auf 330 Franken pro Quadratmeter wurde er berücksichtigt. Das ist wichtig, damit eine marktgerechte Miete errechnet werden kann. Zu den Einnahmen ist zu bemerken, dass mit dem Kanton der Abschluss eines Mietvorvertrags vereinbart wurde. Der Kanton sichert uns - gemäss meinem letzten Wissensstand - eine Miete von 200 Franken pro Quadratmeter zu. Die GPK wünschte noch genauere Angaben, wie viele Quadratmeter genau an den Kanton vermietet werden. Ich richte die Frage an den Gemeinderat, wie weit der Vertrag fortgeschritten ist.

Im Anhang ist ein grosser "Bereich Wohnen" gelb eingezeichnet, der zu Fragen Anlass gab. Das ist lediglich als Information zu verstehen und hat mit dem hier vorliegenden Geschäft gar nichts zu tun. Der Bereich Wohnen wurde richtigerweise in die Planung einbezogen, damit der Anbau so ausgerichtet werden kann, dass die restliche Parzelle zu einem späteren Zeitpunkt möglichst ohne Beschränkungen irgendwelcher Art bebaut werden kann. Weiter wurde durch die GPK darüber diskutiert, ob die Anzahl Arbeitsplätze, der weitere Raumbedarf der Verwaltung, die Nutzung und die versprochenen Synergien - wie im Bericht beschrieben - angemessen sind und stimmen. Wir können die Angaben des Gemeinderates bestätigen, und die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, das Geschäft zu beschliessen.

Ich füge noch die Meinung der CVP/EVP/LdU-Fraktion an: Uns tut dieses Geschäft weh. Wenn wir an die nächsten zwei Jahre denken, müssen wir dieses Geschäft ablehnen. Der Werkhof und das Gemeindehaus waren teure Bauten, viele der versprochenen Einsparungen sind noch nicht realisiert worden, und mit dem vorliegenden Geschäft schaffen wir bereits wieder neuen Raum für die Verwaltung. Wir müssen aber über das Jahr 2006 hinaus denken. Wir müssen alle Einsparungen realisieren, die im Zusammenhang mit den neuen Verwaltungsgebäuden möglich sind, und deshalb dem Geschäft zustimmen. Denken wir an die Zukunft, ist dieser Anbau die beste Lösung. Die Gemeinde- und die Kantonspolizei benötigen einen gemeinsamen Standort, und dafür eignet sich die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 263/65 nicht. Wir sind auch davon überzeugt, dass die vorgeschlagene Lösung mit Blick auf die so genannte Blaulichtorganisation der richtige Weg ist, und stimmen dem Geschäft grossmehrheitlich zu, allerdings unter der Bedingung, dass die Mietzinseinnahmen von 90'300 Franken pro Jahr vom Kanton garantiert sind.

## Eintreten

**Herr Peter Antenen (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion steht hinter dem Antrag des Gemeinderates. Für uns ist es keine Frage, dass einer zusammengeführten Kantons- und Gemeindepolizei, die in absehbarer Zeit Realität wird, auch die dazu notwendigen Räumlichkeiten bzw. zweckmässige Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig kann sichergestellt werden, dass wir unserer Bevölkerung in Zentrumsnähe optimale Polizeidienstleistungen anbieten können, was nicht unwichtig ist. Polizeidienstleistungen müssen im Zentrum zur Verfügung stehen und nicht irgendwo in der Peripherie. Im Werkhof an der Muhlernstrasse, wo im Moment noch Räumlichkeiten frei wären, würden diese Dienstleistungen keinen grossen Sinn machen. Die Polizei muss die Möglichkeit haben, mit ihren Fahrzeugen schnell auszurücken, was an der Sägestrasse optimal gelöst werden kann. Die Möglichkeit, die Liegenschaft Schwarzenburgstrasse 263/65 für die Polizei auszubauen, wurde geprüft, aber schnell wieder verworfen. Wir glauben, dass der Gemeinderat keine andere Alternative hatte als den Anbau an der Sägestrasse 42. Uns scheinen die Zahlen im Mietvertrag mit dem Kanton Bern realistisch zu sein; aus dieser Sicht ist die Investition möglich. Die Ästhetik des Anbaus passt nach unserer Meinung in die Umgebung bzw. stellt eine gelungene Erweiterung des bestehenden Gebäudes dar. Abschliessend möchte die SP/JUSO-Fraktion zum Ausdruck bringen, dass wir Ja sagen zu einer neuen Polizei der Zukunft und dass wir ihr mit dem Anbau die notwendigen Räumlichkeiten und die Infrastruktur zur Verfügung stellen wollen, damit sie ihren Dienst zu Gunsten unserer Bevölkerung auch wirklich erbringen kann.

**Herr Urs Maibach (GB):** Wir vom Grünen Bündnis finden es schade, dass die Polizei mit dem geplanten Anbau an der Sägestrasse 42 nicht mehr so zentral liegen wird wie heute. Wir finden es auch schade, dass der Anbau nicht - wie andere gemeindeeigenen Bauten - nach Minergiestandard erstellt wird. Wir sehen aber auch ein, dass es sinnvoll ist, wenn Synergien bei der Zusammenlegung von Gemeinde- und Kantonspolizei genutzt werden können. Wir sehen auch ein, dass eine Zusammenlegung in den alten Räumlichkeiten kaum Sinn gemacht hätte. Ganz wesentlich ist in unseren Augen, dass der Mietvertrag mit dem Kanton klar und sauber definiert ist, was den vom Kanton zu übernehmenden Kostenanteil ab sofort betrifft, aber auch dann, wenn die Einheitspolizei eingeführt wird. Die Frage nach dem Mietvertrag mit dem Kanton wurde bereits aufgeworfen. In Punkt 4.2 wurde erklärt, dass das Projekt erst ausgelöst werde, wenn der Mietvertrag vom Kanton unterschrieben sei, was für uns Bedingung ist. Ist dies der Fall, werden wir vom Grünen Bündnis dem Geschäft zustimmen.

**Herr Daniel Krebs (SVP):** Das uns vorliegende Geschäft ist logisch, wenn man die Zukunftsplanung im Bläuacker weiter verfolgen will. Dass in das Gebäude an der Schwarzenburgstrasse 263/265, das nur zur Hälfte der Gemeinde gehört, investiert wird, macht in unseren Augen wenig Sinn. Die Alternative eines Anbaus an das Feuerwehrgebäude scheint uns richtig zu sein, zumal Kantons- und Gemeindepolizei im gleichen Gebäude vereint werden können. Wenn sich der Kanton in Köniz weiter einmietet, kann davon ausgegangen werden, dass wir auch in Zukunft über einen Kantonspolizeiposten verfügen werden, was von der Bevölkerung bezüglich Sicherheit sicher geschätzt wird. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu.

**Frau Gemeinderätin Verena Berger (SP):** Danke für die positiven Voten. Die Lösung mit dem Anbau an der Sägestrasse 42 ist in unseren Augen eine gute. Urs Maibach erkläre ich, dass der Minergiestandard für uns bereits so klar und in der Gemeinde Köniz Voraussetzung fürs öffentliche Bauen ist, dass wir nicht einmal mehr davon sprechen. Gemeinderätin Marianne Streiff kann sicher noch Einzelheiten zum Mietvertrag abgeben.

**Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP):** Ich kann euch beruhigen, der Mietvorvertrag mit dem Kanton Bern ist unterschrieben. Der Kanton wird mindestens 400 Quadratmeter Bürofläche mieten, zusätzlich Autoeinstell- und Parkplätze, und der Betrag, welcher im Bericht und Antrag erwähnt ist, stimmt. Der Mietvertrag ist für mindestens 10 Jahre verlängerbar und umfasst eine Fläche von mindestens 400 Quadratmetern, damit genug Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, wenn der Kanton für Police Bern von uns Personal übernehmen muss.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

## **Beschluss**

- 1. Für den Neubau des Polizeipostens Sägematte, Köniz, wird ein Kredit von Fr. 2'050'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 630.503.0254 bewilligt.**
- 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen, die im Laufe der Bauausführung im Interesse des Werkes notwendig werden, vorzunehmen, sofern sie den Rahmen des Bauprogrammes und des Kredites nicht sprengen.**

Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

## **8. Projekt stationäre Geschwindigkeitsmessenlagen**

Kredit; Polizeidirektion

**Herr Peter Antenen (SP), GPK-Sprecher:** Betrachten wir die Motion Deuber 0316, "Tempo 30 muss eingehalten werden", als Ausgangslage, ist der Gemeinderat letztendlich verpflichtet, Massnahmen zur Überwachung der Geschwindigkeit auf den Strassen der Gemeinde Köniz zu treffen. Geschwindigkeitsmessenlagen, wie sie vom Gemeinderat zur Anschaffung beantragt werden, sind in vergleichbaren Gemeinden im In- und Ausland längst in Betrieb und erprobt. Dass der Gemeinderat handeln und neueste Technologie auf diesem Gebiet anschaffen möchte, war in der GPK unbestritten. Auf dem Markt gibt es nicht allzu viele Anbieter, somit ist die Auswahl an geeigneten Produkten beschränkt. Auch dass im EDV-Bereich Anpassungen bzw. Ergänzungen der bestehenden Software notwendig sind, damit eine lückenlose Auswertung erfolgen kann, war in der GPK unbestritten. Was die Anzahl der Geräte bzw. die Auswahl der Standorte betrifft, war eine Mehrheit der GPK der Ansicht, sechs stationäre Messstellen und drei portable Messgeräte als Ersatz des bisherigen mobilen Radargerätes würden für unsere Gemeinde ausreichen. Für die Mehrheit der GPK ist auch klar, dass die automatischen Radaranlagen primär an neuralgischen Punkten installiert und schwergewichtig der Verkehrs- und Schulwegsicherung dienen sollten. Es darf und soll nicht um ein Abzocken von Auto fahrenden gehen, sondern um die Einhaltung der vorgeschriebenen Maximalgeschwindigkeiten und somit um eine Steigerung der Verkehrssicherheit; auch dieser Umstand war in der GPK unbestritten. Im Fall einer Fusion der Gemeindepolizei mit der Kantonspolizei gehen die Messgeräte in den Besitz der neuen Polizei über bzw. werden dann zumal vom Kanton zum Zeitwert finanziell abgegolten. Das wäre frühestens im Jahr 2010 der Fall. Bis dann sind wir für die Abschreibung selber verantwortlich. Dass im Zusammenhang mit der hier zur Diskussion stehenden Infrastruktur auch eine 50-Prozent-Stelle geschaffen werden soll, hängt damit zusammen, dass dieses Projekt eine neue Dimension erhält, und nicht einfach so nebenbei erledigt werden kann. Eine solche Anschaffung macht nur dann Sinn, wenn auch das entsprechende Backoffice, d.h. entsprechend gut ausgebildetes Personal vorhanden ist. Eine Mehrheit der GPK teilt die Auffassung des Gemeinderates. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 : 1 Stimmen, bei einer Enthaltung, diesem Geschäft zuzustimmen.

**Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP):** Ich weiss, der Zeitpunkt für die Anschaffung von "Blechpolizisten" ist äusserst unattraktiv. Der "Blechpolizist" ist in aller Munde und umstritten, weil er vielerorts als Abzockerei missbraucht wird. Ich kann euch beruhigen, denn Köniz hat nicht zum Ziel, die Verkehrsteilnehmenden abzuzocken, wir wollen die "Blechpolizisten" ausschliesslich zur Sicherheit und zur Umsetzung der Motion 0316 brauchen. Die Standorte wurden nicht nach "lukrativen" Gesichtspunkten ausgewählt, sondern mit Rücksicht auf die Schulwegsicherung und zum Schutz der Fussgänger im Ortszentrum. Würden wir die Standorte nach "Lukrativität" aussuchen, wären Raserstrecken ausserhalb der Ortszentren die besseren Standorte. Wir wählten sie jedoch zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Die Aussage von Peter Antenen zur gemeinsamen Polizei stimmt so nicht ganz. Der Kanton überlässt laut den bestehenden Gesetzen den Gemeinden die stationären Geschwindigkeitsmessungen, d.h. die Gemeinde wird weiterhin dafür zuständig sein. Für die Wartung der "Blechpolizisten" und das Auswerten der Aufzeichnungen benötigen wir keine ausgebildeten Polizisten. Ich nehme noch Stellung zur Schaffung der 50-Prozent-Stelle für die Auswertung. Diese Stellenprozente sind nicht budgetiert, aber ich kann hier erklären, dass die Polizeiabteilung in den letzten drei Jahren je 100 Stellenprozente Abteilungs- und Dienstzweigleitung, 20 Stellenprozente Schaltdienst bei den Einwohnerdiensten und 30 Stellen-

prozente Mitarbeit in der Ordnungsdienstzentrale eingespart hat. Wir haben somit sehr viele Stellenprozente abgebaut, und diese 50 Prozente sind längstens im Stellenpool enthalten. Wir konnten diese 50-Prozent-Stelle auch nicht budgetieren, weil wir erst nachdem das Budget erstellt war, bei andern Gemeinden in Erfahrung bringen konnten, dass diese Stelle einem Sachbearbeiter zugewiesen werden sollte, denn es kann nicht sein, dass ein ausgebildeter Polizist - diese sind dünn genug gesät - für solche Aufgaben "missbraucht" wird. Wenn als nächstes erklärt würde, die 200'000 Franken Einnahmen seien im Voranschlag aufgeführt, die Ausgaben für die Geräte und Installationen aber nicht, gilt es zu bedenken, dass es sich bei den 200'000 Franken um Nettoeinnahmen handelt. Darin sind die Ausgaben für die 50 Stellenprozente für die Auswertung der Bussen bereits enthalten. Ich hoffe, damit einige Fragen, die sicher gestellt worden wären, bereits beantwortet zu haben.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Ich habe einige Fragen. Eine davon betrifft ein Interview im "Bund" vom 21. November 2005, als Gemeinderätin Marianne Streiff aussagte, die Einnahmen aus Bussen würden zweckgebunden zu Gunsten der Sicherheit eingesetzt. Ich wüsste gerne von dir, wie du zu diesem Schluss kommst, denn nach meiner Meinung fliessen diese Gelder in die allgemeine Rechnung. Meine zweite Frage ist, wieso der Gemeinderat im Investitionsplan dem Geschäft die Priorität C3 zuwies, d.h. Wunschbedarf mittelfristig, uns das Geschäft aber bereits jetzt vorlegt. Die dritte Frage betrifft die Sicherheit: Nach dem Studium verschiedener Studien über Sicherheit vermisste ich noch einige Punkte, auf welche ich in der Detailberatung zurückkommen werde. Mich interessiert, welche Studien für die Sicherheit der Kinder in diesem Geschäft allenfalls beigezogen und welche Vergleiche vorgenommen wurden. Der vierte Punkt betrifft eine kleine Rechnung meinerseits. Im Bericht ist aufgeführt, dass die Anlage in zwei bis drei Jahren amortisiert sein werde. Nehme ich jedoch die Nettoeinnahmen für Bussen in der Höhe von 200'000 Franken und rechne diese mal 3 Jahre, komme ich auf höchstens 600'000 Franken Einnahmen, und allein die Investitionen werden auf 800'000 Franken veranschlagt. Ich wäre froh, wenn hier Klarheit geschaffen werden könnte.

**Herr Beat Deuber (SP):** Mich freut besonders, dass an meiner letzten Parlamentssitzung das Geschäft, welches auf einen Vorstoss von mir zurückgeht, hoffentlich zu einem guten Ende kommt. Ich nehme das Votum von Gemeinderätin Marianne Streiff auf, in welchem sie erklärte, die Gemeinde Köniz wolle keine Abzockerei betreiben. Aus meiner Sicht sind "Blechpolizisten" nie Abzockerei, Verkehrsteilnehmende müssen sich vor "Blechpolizisten" in keiner Art und Weise fürchten, ausser sie verhalten sich nicht korrekt. Die "Blechpolizisten" sind keine "Gelddruckerei" auf Bürgerkosten. Wer sich an die Verkehrsregeln hält, erfährt keine Nachteile mit der Aufstellung dieser Geräte, und die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass - wie in allen Bereichen des Zusammenlebens - auch im Strassenverkehr die gängigen Regeln und Gesetze eingehalten werden müssen. Wer sich nicht daran hält, gefährdet im Strassenverkehr seine Mitmenschen - insbesondere auch die Schulkinder - und muss im Fall von Übertretungen auch dafür gebüsst werden. Ich komme zurück zur Geschwindigkeit: Ich nehme an, dass von den hier anwesenden Personen ungefähr 80 Prozent oder mehr dazu befähigt sind, ein Auto zu lenken und somit eine Theorieprüfung erfolgreich bestanden haben. Anlässlich der Theorieschulung lernte man die gängige Faustregel, dass doppelte Geschwindigkeit einen viermal so langen Anhalteweg ergibt. Auch wenn die Fahrprüfung zum Teil bereits weiter zurück liegt als bei mir, hat diese Faustregel nach wie vor Gültigkeit, auch in Zeiten von ABS und anderen elektronischen Helfern im Auto, denn die Physik der Strasse kann nicht von der Technik überlistet werden. Schlägt man in "Köniz in Zahlen" die Seiten mit der Kontrollstatistik der Gemeindepolizei auf, zeigt sich, dass an gewissen Punkten in der Gemeinde Handlungsbedarf in Bezug auf das Einhalten der vorgeschriebenen Geschwindigkeiten vorhanden ist. Die Geräte, welche mit diesem Kredit angeschafft werden sollen, helfen mit, an diesen neuralgischen Punkten die Geschwindigkeitsüberschreitungen zu reduzieren, werden sie aber sicher nicht eliminieren. Sie leisten jedoch sicher einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, jetzt müsse gehandelt werden. Bei der Behandlung meiner Motion "Tempo 30 muss eingehalten werden" wurde mir vorgeworfen, ich doziere zu viele Zahlen. An meiner letzten Parlamentssitzung bin ich uneinsichtig und tue dies nochmals: Ein Auto, das mit 30 Stundenkilometern unterwegs ist, hat bei trockener Fahrbahn einen Anhalteweg von 12 bis 15 Metern, inklusive Reaktions- und Bremswirkungszeit. Mit 50 Stundenkilometern beträgt der Anhalteweg 21 bis 25 Meter, d.h. rund 10 Meter mehr. Betrachtet man die Zahlen und vergleicht, wo sich das mit 50 Stundenkilometern fahrende

Auto befindet, wenn das mit 30 Stundenkilometern fahrende bereits steht, ist dies doch eine rechte Strecke. 50 Stundenkilometer sind ungefähr 16 Meter/Sekunde, in der Reaktionsphase von 1 Sekunde fährt man demnach 16 Meter. Eine Studie der Stadt Zürich zeigt, dass die Einführung von grossflächigen Tempo-30-Zonen die Anzahl Verletzungen, insbesondere aber deren Schwere, signifikant reduzierte. All diese verkehrssichernden Massnahmen müssen jedoch immer bewilligt werden. Sicherheitsbestimmungen im Strassenverkehr sind unwirksam, wenn sie nicht eingehalten werden, denn alle Verkehrsteilnehmenden dürfen damit rechnen, dass die Höchstgeschwindigkeiten eingehalten werden. Kurz zusammengefasst: Tempolimiten einhalten bedeutet Leben schützen, Leben retten. Die 800'000 Franken, über welchen wir heute abstimmen, sind sinnvoll eingesetzte Mittel. Auch das Konzept des Gemeinderates, die stationären Geschwindigkeitsmessanlagen insbesondere bei Schulhäusern einzusetzen, ist für uns richtig und zeigt, wie wichtig diese Geräte zur Sicherung von Schulwegen sind. Wir sind auch der Meinung, es sei richtig, wenn die Gemeinde das bisherige mobile Gerät durch ein zeitgemässes ersetzt, das weniger Aufwand pro Einzelbusse verursacht und somit effizient genutzt werden kann. Ich mache noch einen Ausblick auf das Geschäft Nr. 17, die Motion 0516 betr. Konzept zur Verkehrsentslastung der Region Mengestorfberg: Das ist genau ein solcher Punkt, an welchem ein "Blechpolizist" Entlastung und eine wirksame Verbesserung der Situation bringen könnte. Die Tempolimiten werden dort immer stark überschritten, sicher meistens von Auto fahrenden, für welche die Mengestorfstrasse Autobahnzubringer ist. In diesem Sinne bitte ich euch, dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

**Herr Thomas Hänni (FDP):** Ich habe noch eine Frage an den Gemeinderat: Wie viele Unfälle gab es seit der Einführung von Tempo 30 in jenen Zonen, in welchen die "Blechpolizisten" nun aufgestellt werden sollen, und mit welchen Folgen liefen sie ab? Gab es Verletzte, sogar Tote? Wurde das überprüft?

**Herr Urs Maibach (GB):** Vor kurzem stieg ich bei einem Bekannten ins Auto, und als erstes legte er einen Pager auf das Armaturenbrett. Auf meine Frage, was das bedeuten solle, antwortete er mir, dies sei eine mobile Warnung für Radarkontrollen. In der Tat, bereits nach kurzer Zeit piepste dieses Ding und zeigt eine mobile Radarkontrolle an der Schwarzenburgstrasse im Moos an. Ich behaupte, dass all jene, die vermutlich oft zu schnell fahren, innerhalb weniger Minuten solche Kontrollen weiter melden. Daraus ist zu schliessen, dass bei mobilen Radarkontrollen oft gar nicht jene erfasst werden, die in der Regel zu schnell fahren, meistens werden eher die "Unerfahrenen" erwischt, denen kein entsprechendes Gerät zur Verfügung stand. Dass immer noch viele Kontrollen durchgeführt werden, zeigen die alljährlichen Zahlen der Polizeidirektion. Mobile Radarkontrollen sind sicher notwendig, aber in den sensiblen Bereichen von Tempo 30, vor allem bei Schulhäusern in Verbindung mit Schulwegesicherung, müssen wir, wollen wir wirkungsvolle Resultate erreichen, fest installierte Geschwindigkeitskontrollmessgeräte realisieren. Die Standorte der Geräte sind bald einmal bekannt und da die "Chance", geblitzt zu werden, sehr gross ist, werden in der Regel sicher alle Verkehrsteilnehmenden die entsprechenden Tempolimiten einhalten, womit das Ziel grundsätzlich erreicht wäre. Solche stationären Geschwindigkeitsmessgeräte sind im Grunde genommen viel ehrlicher, für alle gleich und können nicht umgangen werden, und die Sicherheit wird erhöht. Wir vom Grünen Bündnis stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

**Frau Ursula Wyss (LdU):** Auch unsere Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Denn - wie ich auch schon erklärt habe - nützen Verbots- und Geschwindigkeitsbeschränkungstafeln ohne Kontrollen nicht viel. Deshalb ist dieses Geschäft nach unserer Meinung wichtig. Es geht nicht darum, wie meine Vorredner zum Teil bereits erwähnten, mit diesen "Blechpolizisten" Personen zu Sündern zu stempeln und zu büssen. Wer die angezeigte Geschwindigkeit einhält, hat nichts zu befürchten. Es geht darum, unsere Strassen sicherer zu machen, indem dafür gesorgt wird, dass eine bestimmte Geschwindigkeit eingehalten wird. Gerade auf Schulwegen ist dies von enormer Wichtigkeit. Ich selber bin entweder als Fussgängerin oder Radfahrerin unterwegs und staune immer wieder, wie schnell für gewisse Auto fahrende Tempo 30 oder 50 ist. Mit diesen sechs "Blechpolizisten" werden jedoch nur 6 Strassen oder Teile davon sicherer. Normale Kontrollen müssen weiterhin vorgenommen werden, sei es für die Geschwindigkeitsüberwachung oder z.B. Überwachung von Fahrverboten, und zwar nach meiner Meinung mehr als heute.

**Frau Katrin Sedlmayer (SP):** Ich habe Mühe damit, wenn nach Anzahl Verletzter oder gar



Toter an jenen Orten gefragt wird, wo die Aufstellung von "Blechpolizisten" vorgesehen ist. Ich stelle die Gegenfrage: Will man zuerst einen Todesfall und dann den "Blechpolizisten" oder zuerst den "Blechpolizisten" und damit Verletzte oder gar Todesfälle verhindern?

**Herr Hugo Staub (SP):** Ich spreche noch zum Thema "Abzocken": Vielleicht sind euch auch Meldungen im Radio aufgefallen, die auf Radarkontrollen aufmerksam machen. Eine solche Meldung wird von der Polizei nicht verhindert, das darf offenbar gemacht werden. Ginge es der Polizei um Abzockerei, würden solche Warnungen sicher bestraft, weil mit ihnen die Einnahmen vereitelt würden. Es geht jedoch um die Reduzierung der Geschwindigkeit, die mit der Meldung im Radio, dass Radarkontrollen gemacht werden, genau so erreicht wird, wie über das Messen selber. Ob das Warnsignal von einem Auto aus der Gegenrichtung kommt oder vom Polizisten, spielt letztendlich keine Rolle, wenn es um den Kern der Sache geht, nämlich um die Einhaltung der Tempolimiten.

**Herr Thomas Hänni (FDP):** Katrin Sedlmayer, ich habe nichts gegen mobile Radarkontrollen, aber die "Blechpolizisten" stören mich wegen des finanziellen Aufwandes in der momentanen gespannten finanziellen Situation. Wenn bis jetzt nichts passiert ist, sind wir alle vernünftige Leute und fahren in diesem Sinne normal. Du baust bei deinem Haus auch keinen Hochwasserschutz, wenn gar nie Hochwasser kommen kann. Wer zu schnell fährt, kann mit mobilen Kontrollen an neuralgischen Punkten erfasst und dementsprechend gebüsst werden. Diese Blechpolizisten jetzt "durchpauken" zu wollen, ist nach meiner Meinung nicht sinnvoll, denn die finanzielle Situation lässt die Investition nicht zu.

**Herr Beat Deuber (SP):** Ich entgegne Thomas Hänni: Die Geschwindigkeitskontrollen zeigen auf, das insbesondere in Tempo-30-Zonen viel zu schnell gefahren wird. Ich bin auch darüber froh, dass sich noch keine Unfälle mit gravierenden Verletzungen oder gar Todesfällen ereignet haben, aber wenn etwas passiert, ist es für Betroffene zu spät für eine Reaktion. Ich erinnere an den Bahnübergang im Moos, der bis zum tragischen tödlichen Unfall auch nie ein Problem war. Plötzlich mussten dann 2,5 Millionen Franken für den Bau eines sicheren Übergangs bewilligt werden. Die Investition von 800'000 Franken für Blechpolizisten, mit welcher wegen uneinsichtiger Auto fahrender noch Geld hereinkommt, ist gut angelegt, denn wir wollen nicht warten, bis etwas passiert.

**Herr Peter Antenen (SP):** Ich beleuchte die Angelegenheit noch von einer anderen Seite: Letztendlich wollen wir die "Blechpolizisten" nicht irgendwo nach dem Zufallsprinzip in eine Quartierstrasse stellen. Die vorgesehenen Stellen befinden sich schwergewichtig in unmittelbarer Nähe von Schulhäusern. Schulkinder gehen, ausserhalb der Ferien, diesen Weg täglich. Wenn dort eine Radaranlage steht, ist dies ein aktiver Beitrag an die Schulwegsicherung, und das muss uns allen ein Anliegen sein.

**Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP):** Ich danke für die Diskussion. Leider sind nicht alle Automobilisten vernünftig genug und halten sich immer an die vorgeschriebene Geschwindigkeit. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie viele Schreiben, E-Mails und Telefone bei der Polizeiabteilung eintreffen, welche mehr Geschwindigkeitskontrollen fordern. Auch haben viele Eltern Angst um ihre Kinder auf dem Schulweg. Solche Kontrollen sind ein Bedürfnis vieler Einwohnerinnen und Einwohner. Eine Unfallstatistik über jene Zonen, wo nun "Blechpolizisten" aufgestellt werden sollen, haben wir nicht, eine solche führt der Kanton. Ich denke, es werden nicht viele Unfälle sein. Jeder Unfall ist jedoch einer zu viel, und schon nur ein Invaliditätsfall, der verhindert werden kann, könnte unter Umständen wesentlich mehr kosten als die 800'000 Franken für die Messanlagen. Mir scheint die Aussage, "Blechpolizisten" erst dann sollten erst dann aufgestellt werden, wenn etwas passiert ist, nicht richtig. Zum Thema Sicherheit: Gerade die Erfahrungen der Gemeinde Ostermundigen zeigten, wie gut die Geschwindigkeitslimiten eingehalten werden, wenn den Auto fahrenden bewusst ist, dass ein "Blechpolizist" steht. Damit ist das Ziel erreicht. Bernhard Bichsel fragte noch, ob die eingenommenen Bussen zweckgebunden ausgegeben werden. Schöne wäre es, wenn ich allein bestimmen könnte, was mit den Busseneinnahmen zu geschehen hat. Leider ist das nicht möglich, denn Gemeinderat und Parlament haben auch "etwas dazu zu sagen". Ich wurde von der Presse angefragt, ob vorgesehen sei, mit den Einnahmen aus den Bussen das Gemeindebudget zu verbessern. Das ist jedoch nicht das Ziel, wie wir bereits gehört haben, sondern wir wollen die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer erhöhen. Ihr wisst alle, wie knapp die Ressourcen bei der Polizei sind und wie wenig Personal vorhanden ist. So werden z.B. erst drei

der sechs zu beschaffenden "Blechpolizisten" mit Kameras ausgestattet sein. Wir haben 200'000 Franken Einnahmen budgetiert, und Bernhard Bichsel sagte, damit sei die Amortisation in zwei bis drei Jahren nicht möglich. Diese 200'000 Franken sind Einnahmen ohne Radarkontrollen und mobile Messgeräte, über die wir bereits verfügen. Wir haben die Einnahmen auch sehr vorsichtig budgetiert, sie werden sicher höher ausfallen. Die Frage betreffend Priorität C3, mittelfristig, wird der Gemeindepräsident beantworten. Wenn wir diese stationären Geschwindigkeitsmessanlagen nicht jetzt aufstellen, so lange noch die Gemeinde zuständig ist, müssten wir für die Schulwegsicherung kämpfen, sie würde dann nicht mehr in unseren Händen liegen. Deshalb ist es für mich richtig und wichtig, das Geschäft jetzt anzugehen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Der aufmerksame Parlamentarier Bernhard Bichsel hat einen wunden Punkt gefunden, das muss ich einräumen. Die Klassifizierung dieses Projektes mit C3 wurde in einer sehr frühen Phase der Budgetierung vorgenommen, und uns zwingt kein übergeordnetes Recht dazu, diese Anschaffung so rasch als möglich zu tätigen. Es geht auch nicht um den Unterhalt eines Investitionsgutes der Gemeinde wie z.B. eines Schulhauses. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, führte dies in der frühen Budgetierungsphase zur Priorität C3. Der Gemeinderat nahm eine Priorisierung vor und erachtete diese Anschaffung als wichtiges Anliegen im Zusammenhang mit der Schulwegsicherung und der Durchsetzung der Tempolimiten, weshalb er das Projekt im späteren Verlauf der Budgetphase politisch anders gewichtete. Er unterliess es aber, die Klassifizierung zu ändern. Im Bericht auf den weissen Seiten des Budgets ist in der Zusammenfassung zu lesen, dass der Gemeinderat trotz angespannter Finanzlage im einen oder anderen Politikbereich Akzente setzen will, und einer davon ist die Schulwegsicherung. Wir wollen eine attraktive Gemeinde für Familien sein. Dazu gehört auch der Aspekt der Durchsetzung von Tempolimiten in Bereichen, in welchen schwächere Verkehrsteilnehmer Strassen queren müssen. Als Finanzminister bin ich auch davon überzeugt, dass sich die Ausgaben in dem Sinne rechnen werden, dass die Anschaffungs- und Betriebskosten durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Ich danke für die Antworten, von welchen ich befriedigt bin. Ich kann dem Geschäft durchaus auch positive Seiten abgewinnen, ich gebe Beat Deuber insofern Recht, dass Handlungsbedarf besteht. Es wird zu oft zu schnell gefahren, das ergaben Messungen. Ich begrüsse auch sehr, dass Schulwegsicherung als prioritär betrachtet wird. Hingegen muss ich erklären: Jedes Auto wird in der Schweiz im Durchschnitt 30 Mal im Jahr kontrolliert. Ein paar Punkte störten mich jedoch, wie z.B., dass Busseneinnahmen bereits im Budget enthalten sind, bevor das Parlament darüber beraten hat. Der grösste Fehler ist in meinen Augen folgender: Eine Studie der Verkehrspsychologin Maria Limburg zeigt auf, dass "Blechpolizisten" alleine nicht ausreichen, um die Geschwindigkeitsübertretungen zu drosseln. Ich zitiere: "Die Überwachung ist am effektivsten in Verbindung mit Aufklärung, also z.B. mit Hinweistafeln. Scharfe Kontrollen alleine machten die Polizei unglaubwürdig, und umgekehrt bringt Aufklärung ohne Kontrolle auch nichts." Hier sehe ich nur das Kontrollelement, ich vermisse die Aufklärung komplett. Will man diese "Blechpolizisten" einführen, muss ich den Gemeinderat auffordern, dies in einer Komplettbetrachtung zu tun. Ich stelle einen Rückweisungsantrag, denn ich möchte, dass das Geschäft entsprechend der Priorisierung C3 im verabschiedeten Investitionsplan dem Parlament wieder vorgelegt wird, mit den entsprechenden Sicherheitskorrekturen.

**Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP):** Ich bitte euch, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Verkehrssicherheit und Schulwegsicherung sind wichtig, und das Projekt sollte jetzt angegangen werden.

**Herr Markus Stähli (SVP):** Ich habe eine grosse Frage. So quasi nebenbei habe ich vernommen, dass ein "Blechpolizist" im Zentrum von Köniz vorgesehen ist. Wenn dieser in der Tempo-30-Zone aufgestellt wird, kann ich diesem Geschäft nicht zustimmen, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben eine neue Strasse mit Tempo 30 und es wird ein "Blechpolizist" aufgestellt. Vielleicht ist man sensibel genug und lässt ihn am Sonntagmorgen bei Tagesanbruch nicht laufen, denn es könnten Personen durchfahren, die ihrem Hobby frönen, vielleicht zum Fischen fahren, was mit dem Fahrrad nicht möglich ist, denn wie sollen mit dem Velo die gefangenen Fische heim transportiert werden... Was passiert nun aber, wenn der "Blechpolizist" eingeschaltet ist? Wer am Sonntagmorgen früh zu schnell durchfährt, wird gebüsst, ohne irgendeine Person gefährdet zu haben, unter Umständen muss sogar der Fahrausweis abge-

geben werden.

**Herr Beat Deuber (SP):** Heute bin ich hartnäckig. Tempolimit 30 gilt auch am Sonntagmorgen früh. Auch ich fröne meinen Hobbys und muss mich auf dem Weg dazu geltendem Recht unterwerfen. Hätte ich z.B. Graffiti als Hobby und würde am Sonntagmorgen das Haus von Markus Stähli versprayen, würde ich geltendes Recht verletzen, denn Sprayen ist auch am Sonntagmorgen verboten.

### **Detailberatung**

**Frau Barbara Mooser (FDP):** Ich stelle im Namen der FDP/jfk-Fraktion zwei Anträge: der erste lautet: *"Vor jedem 'Blechpolizisten' muss vorher eine Warntafel, z.B. 'Vorsicht Radar' stehen, die dem Verkehrsteilnehmer ein Radar ankündigt"*, nach dem Motto "lieber informieren als schikanieren". Informieren erhöht das Verantwortungsbewusstsein, die Schikane bewirkt das Gegenteil. Holland, Dänemark und Schweden kennen die transparente Kommunikation schon längst und verstecken "Blechpolizisten" nicht hinter Bäumen oder Häusern. Man will mit diesen "Blechpolizisten" ja bewirken, dass entsprechend den Tempolimiten gefahren wird. Deshalb ist es in meinen Augen wichtig, Warntafeln anzubringen. Der zweite Antrag lautet: *"Die 'Blechpolizisten' sind nur an besonders sensiblen Orten wie Kindergärten, Schulen, Spitätern und Heimen aufzustellen"*. Ich bin der Meinung, ein "Blechpolizist" im Ortszentrum sei Abzockerei. Die neuen Radargeräte messen genau, und dann ist man unter Umständen mit 33 oder 34 Stundenkilometern bereits zu schnell unterwegs. Deshalb bitten wir von der FDP/jfk-Fraktion um Annahme der beiden Anträge.

**Herr Bernhard Bichsel (jfk):** Ich bitte darum, die beiden Anträge anzunehmen. Wie Studien zeigen, bringen Warnungen vor Blechpolizisten viel. Es gibt noch weitergehende Massnahmen im Aufklärungsbereich, die das Tempo in Kombination mit Kontrollen herunter bringen.

**Herr Beat Deuber (SP):** Die SP/JUSO-Fraktion kann dem ersten Antrag von Barbara Mooser zustimmen. Wir haben nichts dagegen, mit der Aufstellung von Warnschildern den präventiven Gedanken aufzunehmen. Mit dem zweiten Antrag erklären wir uns nicht einverstanden, denn auch das Ortszentrum ist Schulweg und wird von älteren Personen benützt.

Mit grossem Mehr zu 7 Stimmen lehnt das Parlament den Rückweisungsantrag von Herrn Bernhard Bichsel ab.

Mit grossem Mehr (Antrag 1) bzw. mit 19 zu 19 Stimmen und mit dem Stichentscheid der Präsidentin (Antrag 2) heisst das Parlament die Anträge der FDP/jfk gut.

Mit grossem Mehr (beide Ziffern) fasst das Parlament den

### **Beschluss**

- 1. Für die Realisierung des Projektes „stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen“ wird ein Kredit von Fr. 800'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 630.506.0123 bewilligt.**
- 2. Die Motion Deuber (0316) betr. Tempo 30 muss eingehalten wird als erfüllt abgeschrieben.**

### **9. Dringliche Interpellation Deuber (SP/JUSO) / Ackermann (FDP) / Maibach (GB) betr. Agglomerationsstrategie**

Beantwortung 0525; Präsidial- und Finanzdirektion

**Herr Beat Deuber (SP):** Die Interpellanten danken dem Gemeinderat für die erhaltene Antwort. Ich erkläre kurz, dass die Veranstaltung des Stadtrates von Bern für Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehr informativ war und es ist schade, dass nicht alle Fraktionen von diesem Angebot Gebrauch machten. Wir danken dem Gemeinderat auch, dass er beabsichtigt, das Parlament in Form von Berichterstattung in den Prozess einzubeziehen. Wir sind der Meinung, das Parlament sollte noch einen Schritt weiter gehen, und regen an, dass sich das Büro überlegen soll, in welcher Form sich das Parlament selber mit der Agglomerationsstrategie befassen soll. Wird das entsprechende Gesetz angenommen, wird dann wichtig sein zu wissen, wie das Parlament mit der Regionalkonferenz umgehen soll.

*Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.*

## **10 Motion Wyss betr. „Köniz Innerorts“**

Beantwortung 0504; Präsidial- und Finanzdirektion

**Frau Ursula Wyss (LdU):** Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme meines Vorstosses. Seit einiger Zeit publiziert die Gemeinde Köniz ihr offizielles Blatt "Köniz Innerorts" nicht mehr selber, sondern in der Könizer Zeitung. Damit ist die Könizer Zeitung das offizielle Mitteilungsorgan der Gemeinde. Dieser Status macht die Könizer Zeitung bekannter, sie hat quasi ein Monopol. Versteht mich richtig, mein Vorstoss richtet sich nicht gegen die Könizer Zeitung, ich will aber nicht, dass die Gemeinde eine private Zeitung bevorzugt. Eine Bevorzugung ist es nämlich in meinen Augen, wenn das offizielle Mitteilungsorgan der Gemeinde in einer privaten Zeitung veröffentlicht wird. In seiner Antwort gibt mir der Gemeinderat auch Recht, und dazu kommt, dass der Beachtungsgrad nicht klar ist, was heissen würde, die offiziellen Mitteilungen der Gemeinde gingen ins Leere. Ich wohne in Wabern, und die Wabern Post wird in Wabern mehr gelesen als die Könizer Zeitung, sie hat eine wichtige Funktion für die Vereine und die Bevölkerung von Wabern. Trotzdem kämpft sie ums Überleben. Wenn sie anstelle der Könizer Zeitung "Köniz Innerorts" publizieren könnte, hätte sie die Möglichkeit zu überleben. Was gibt es für Auswege? Eigentlich nur zwei: Entweder publiziert die Gemeinde "Köniz Innerorts" selber oder sie publiziert es in allen Könizer Zeitungen. Der Gemeinderat schlägt nun vor, alle Kommunikationskanäle zu untersuchen und in einen Gesamtzusammenhang zu stellen, also ein Gesamtkonzept zur Kommunikation zu erarbeiten. Das ist in meinen Augen gut und sinnvoll. Ich erkläre mich mit dem Antrag des Gemeinderates einverstanden und bitte euch, ihn anzunehmen.

### **Beschluss**

**Die Motion Wyss (0525) betr. „Köniz Innerorts“ wird als Postulat erheblich erklärt.**

## **11. Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO) / Maibach (GB) / Lager (CVP) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz**

Beantwortung 0505; Präsidial- und Finanzdirektion

**Frau Elisabeth Troxler (SP):** Ich fasse mich kurz. Ich danke dem Gemeinderat für die sehr positive Antwort, und es freut die SP/JUSO-Fraktion, dass der Gemeinderat die Wichtigkeit des Entwicklungsprozesses der "Lokalen Agenda 21" anerkennt und sich damit befassen will. Einige Stichworte: Man will vor allem auf Bestehendem aufbauen, das Bestehende vernetzen, und ein ganz wichtiger Punkt ist der Einbezug der Bevölkerung. Konkret und beschränkt auf einzelne Projekte soll in der Gemeinde Köniz etwas passieren, d.h. nicht alles Wünschenswerte soll auf einmal umgesetzt werden. Ich bin gespannt auf die in Aussicht gestellten Erläuterungen des Gemeinderates und bitte euch, die Motion anzunehmen.

**Herr Urs Maibach (GB):** Auch ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort und die positive Aufnahme des Anliegens. Die Wahlen im letzten Monat haben gezeigt, dass die Bevölkerung mehr Ökologie und mehr Nachhaltigkeit will und es der Gemeinde Köniz gut ansteht, mit der "Lokalen Agenda 21" zu starten. Zweifellos machte die Gemeinde bereits viele gute Schritte in diese Richtung, in der Antwort ist einiges aufgeführt. Wir haben eine gute Grundlage und können weiter darauf aufbauen. Es wird und muss ein längerfristiger Prozess in Angriff genommen werden. Zielbereiche und Handlungsfelder sind in der Antwort des Gemeinderates grundlegend aufgelistet, und ich bin davon überzeugt, dass der Gemeinderat gute Projekte finden wird. Es geht vor allem darum, Projekte mit einer Win-Win-Situation zu finden. Wir können uns konkret Projekte wie z.B. Biogasanlagen, Secondhand-Workshop im Werkhof oder rentable Energieproduktionen mit Solarzellen auf Könizer Dächern vorstellen. Es geht auch darum, heute noch bestehende schlechte Beispiele zu betrachten und zu verbessern, ich denke an den Transport von Abrieb von Eisbahnen auf den Gurten. So gut und ausführlich die Antwort des Gemeinderates auch ist, bei den Entscheidungsgrundlagen unter Punkt 6 vermissemich noch einen Punkt, der mir sehr wichtig ist, nämlich den Einbezug der Bevölkerung inklusive Schulen. Dieser Punkt ist im Motionstext enthalten, und es geht mir darum, dass er in den Ausführungen nicht vergessen wird. Wir vom Grünen Bündnis empfehlen dem Parlament, der Motion zuzustimmen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** In der Schweiz gibt es 3000 Gemeinden, und 140 davon schliessen sich vollumfänglich dem Prozess der "Lokalen Agenda 21" an. Das Prinzip

der nachhaltigen Entwicklung ist in der Bundesverfassung verankert, auch der Kanton Bern bekennt sich in den Regierungsrichtlinien und im kantonalen Richtplan zum Prinzip der nachhaltigen Entwicklung, wie es in der "Lokalen Agenda 21" festgeschrieben ist. Nach Auffassung des Gemeinderates sind die "Lokale Agenda 21" und das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung kein "fakultatives Sonntagsprogramm", sondern etwas, das getan werden muss. Nachhaltigkeit hat mit Zukunftssicherung für unsere Nachkommen zu tun, das geht uns jetzt und hier etwas an, und auch uns Könizer, auch wenn wir in immer dichter werdenden Rhythmen durch Unwetterkatastrophen auf der ganzen Welt, aber auch in unserem Kanton daran erinnert werden, dass im Bereich der Nachhaltigkeit irgendetwas auf dieser Welt nicht mehr stimmt. Es ist falsch, wenn man auf andere verweist, die zuerst schauen sollen. Wir müssen bei uns selber beginnen; nur so kann vernünftige Politik entwickelt werden. Der Umweltschutz hat seinen Grundcharakter im Verlaufe der Jahre verändert. Er war lange ein Politikbereich, bei dem man am Schluss der Röhre mit technischen Massnahmen versuchte, Wirkung zu erreichen. Dieser Weg war richtig und gut, und er läuft weiter, aber der technisch verstandene Umweltschutz erschöpft sich mehr und mehr. Er stösst an seine Limiten, weil das Potenzial ausgeschöpft ist und alles, was in Richtung Vorbildaufgaben und Kampagnen geht, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der Gemeinderat will kein "Allerweltsprogramm" starten, das sich in luftigen Höhen bewegt, sehr viele Kräfte bindet, unzählige Sitzungen in der Verwaltung erfordert, hohe Kredite für externe Beratungen beansprucht und zu 150-seitigen Büchern führt, sondern er will ein konkretes Projekt entwickeln, bei welchem man weiss, worum es geht. Er will ein Projekt entwickeln, das nicht alles Wünschbare erfüllt. Er will ein Projekt, das Wirkung nach aussen hat, bei der Bevölkerung, die merken soll, dass die Gemeinde im Bereich der nachhaltigen Politik konkrete Projekte entwickelt, die auch umgesetzt werden. Es soll freiwillig sein, denn wir wollen nicht mit staatlichem Zwang etwas erreichen, sondern wir wollen die Bevölkerung überzeugen. Der Parlamentsentscheid, den ihr heute hoffentlich gemäss dem Antrag des Gemeinderates fällt, hat Signalwirkung für die künftige Entwicklung der Gemeinde. Er gibt den Startschuss für eine Standortbestimmung in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung. Er gibt den Startschuss zur Erarbeitung einer Kreditvorlage, die wir euch gestützt auf die Standortbestimmung und die Formulierung von zu erreichenden Zielen vorlegen werden. Über die Kreditvorlage wird das Parlament dann entscheiden, und dort könnt ihr den Gemeinderat messen. Habt ihr das Gefühl, das Projekt sei zu teuer, könnt ihr die Handbremse anziehen. Die Motion ist der Startschuss zur Ausarbeitung eines Programms. Noch eine Bemerkung: Wir haben viel über Gemeindemarketing gesprochen, ich bin der Auffassung, dass sich Gemeindemarketing und die "Lokale Agenda 21" teilweise überschneiden. Unsere Gemeinde hat sich mit dem Label "Energistadt" ein sehr positives Merkmal erarbeitet, das man unter der nachhaltigen Entwicklung subsumieren kann. Wenn wir eine gute "Lokale Agenda 21" entwickeln und sie umsetzen, werden wir in diesem Bereich weitere Punkte sammeln, was für unser Gemeinderat ausserordentlich wichtig ist. Ich bitte euch, die Motion anzunehmen.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

### **Beschluss**

***Die Überparteiliche Motion Troxler (SP/JUSO) / Maibach (GB) / Lagger (CVP) (0505) betr. Einführung der „Lokalen Agenda 21“ in der Gemeinde Köniz wird erheblich erklärt.***

## **12. Motion Graber (SP) betr. „Rauchfreies Köniz“**

Beantwortung 0508; Präsidial- und Finanzdirektion

**Herr Martin Graber (SP):** Im März 1996 kündigte der "Blick" an, der Bund wolle ein umfassendes Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bahnen erlassen, und löste damit einen grossen Sturm der Entrüstung aus. Ende 2005 zeigte eine repräsentative Umfrage bei 2000 Personen in der Schweiz deutlich: 62 Prozent sind für ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Räumen. So ändern sich Meinungen. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat erkläre ich mich einverstanden und bitte das Parlament um ein deutliches Zeichen zu Gunsten einer gesunden und zeitgemässen Gemeinde. Ich danke dem Gemeinderat für sein schnelles Rauchzeichen: Am 14. März 2005 wurde die Motion eingereicht und bereits neun Tage später erliess der Gemeinderat ein Rauchverbot für die Verwaltungsgebäude. Köniz steht damit nicht alleine da, der Trend zu rauchfreien Orten ist deutlich, und die Wirksamkeit von Rauchverboten ist in Bezug auf Gesundheit und Prävention ganz klar erwiesen. In

sehr vielen öffentlichen Gebäuden in der Schweiz ist das Rauchen grundsätzlich verboten, im Kanton Graubünden seit Juli 2004, im Kanton Genf seit August 2005. Die Universität Zürich kennt das generelle Rauchverbot seit April 2005, und im Inselspital darf seit dem 1. Juli 2005 nicht mehr geraucht werden. Auch in Thun, einer mit uns vergleichbaren Gemeinde, sind seit dem 1. Dezember 2005 alle Verwaltungsgebäude, Schulhäuser, Kindergärten, Turn- und Sporthallen rauchfrei. Die Gemeinde Köniz steht mit ihrer Regelung nicht alleine da, lässt sich aber bereits wieder überholen, denn die Regelung des Gemeinderates geht nach meiner Ansicht insbesondere bezüglich der Schulanlagen zu wenig weit. Wenn der Gemeinderat von Fumoirs in Schulhäusern schreibt, ist das ein sehr schöner Begriff, der doch etwas an der Realität vorbei geht. Ich würde die Raucherzimmer in den Schulhäusern - mindestens teilweise - eher als "Raucherhöhlen" bezeichnen. Wir haben im Budget 2006 den Betrag von rund einer halben Million Franken für die Fachstelle Prävention vorgesehen. Das Geld ist sinnvoll und volkswirtschaftlich gesehen auch Gewinn bringend angelegt. Ein generelles Rauchverbot in den Schulhäusern und mindestens während der Schulzeiten auch auf dem gesamten Schulareal würde nichts kosten, aber zusätzlich viel bringen, denn das würde Schülerinnen und Schülern zeigen, dass nicht nur über Prävention gesprochen, sondern auch entsprechend gehandelt wird. Das Suchtpotenzial von Nikotin entspricht jenem von Heroin, und je früher mit Rauchen begonnen wird, desto schwieriger wird das Aufhören. Deshalb muss in den Schulen gehandelt werden, der blaue Dunst hat dort nichts mehr zu suchen. Die WHO stellt seit dem 1. Dezember 2005 keine Rauchenden mehr an, mit der Begründung, man könne nicht für die Gesundheit kämpfen und gleichzeitig rauchen. Am Anfang sagte ich, 62 Prozent seien für rauchfreie öffentliche Räume, das muss ich noch etwas präzisieren: 62 Prozent der Raucher sind für ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen, nehmen wir die Gesamtbevölkerung, sind satte 77 Prozent für ein solches Verbot. Ich bitte euch, das Postulat anzunehmen und damit ein deutliches Rauchzeichen an den Gemeinderat zu senden.

**Herr Christian Balz (FDP):** Es geht hier um unser Wertvollstes, um unsere Gesundheit. Nachdem viele Gross- und Kleinfirmen, wie auch öffentliche Unternehmen - z.B. die SBB - ein generelles Rauchverbot erlassen bzw. rauchfreie Zonen geschaffen haben, ist es nichts als richtig, wenn auch die Gemeinde Köniz die Verwaltungsgebäude und die Schulen als rauchfreie Zonen definiert. Es geht nicht nur darum, die nicht rauchenden Mitarbeitenden vor dem Passivrauchen zu schützen, es ist auch für die Kunden der Verwaltung viel angenehmer, in Büros zu treten, die nicht nach Rauch stinken. Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt den Erlass des Gemeinderates vom 23. März 2005 betreffend ein allgemeines Rauchverbot in Verwaltungsgebäuden, Schulhäusern wie auch in Kulturräumen im Schloss. Wir fordern den Gemeinderat auf, ein noch weiter gehendes generelles Rauchverbot zu prüfen und umzusetzen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich stelle das Votum von Christian Balz klar: Es gibt keine Büros mehr, in welchen Kunden der Verwaltung auf rauchende Mitarbeitende treffen sollten. Wir haben aber immer noch Zonen in öffentlichen Gebäuden, wo geraucht werden darf, so genannte Raucherecken wie z.B. in der Cafeteria im Gemeindehaus Bläuacker.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

### **Beschluss**

**Die Motion Graber (SP) (0508) betr. „Rauchfreies Köniz“ wird als Postulat erheblich erklärt.**

### **13. Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen**

Beantwortung 0512; Präsidial- und Finanzdirektion

**Frau Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort auf meinen Vorstoss. Mich freute es zu lesen, dass Neuzuziehende bereits jetzt mit diversen wichtigen Informationen zum Thema Mobilität, wie Mobility-Unterlagen, Libero-Wochenabonnements und Infos über den Liberotarifverbund versorgt werden. Zieht man neu in die Gemeinde, überdenkt man sein eigenes Mobilitätsverhalten, und genau in dieser sensiblen Phase ist es deshalb wichtig, ein solches Set zu erhalten. Wichtig ist, dass die Dokumentationsmappe für Neuzuziehende im Rahmen des Kommunikationskonzeptes überprüft werden soll und der Bereich Mobilität vielleicht noch verbessert werden kann. Die zweite Stossrichtung des Gemeinderates, die Einführung eines Mobilitätssets mit dem Beizug grösserer Firmen und anderer Ge-

meinden zu prüfen, unterstütze ich sehr. Ich bin davon überzeugt, dass damit auch Kosten gesenkt und die Idee breiter abgestützt werden kann. Es ist wichtig, dass wir zur Reduktion oder zumindest zur Stabilisierung der Anzahl Autofahrten sämtliche Möglichkeiten ausloten. Zudem muss gesagt werden, dass es nicht nur um Lärm- und Abgasreduktion geht, sondern auch um ein gesünderes Verhalten unserer Bevölkerung. Wird der öffentliche Verkehr genutzt, muss eine gewisse Strecke zu Fuss gegangen werden, denn oft sieht man Personen in lockerem Laufschrift zum Bus oder zum Tram rennen, was eindeutig gesund und zugleich Prävention ist. Ich bitte euch deshalb, das Postulat zu unterstützen, denn es ist ein günstiges Angebot mit einer nachhaltigen Wirkung und gehört sicher zum Thema "Lokale Agenda 21".

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Zum Mobilitätsset gehört nach meiner Meinung auch die Karte "Velotouren Köniz", in welcher verschiedene Freizeitvelotouren eingezeichnet sind. Ich rege an, noch eine zweite solche Karte zu erstellen, in welcher Arbeitswege auf verkehrsarmen Strassen für Velo fahrende eingezeichnet sind.

**Frau Sandra Deutsch (FDP):** Zwei Fragen: Wer bezahlt das Set mit den Testgutscheinen? Kostet das Libero-Wochenabonnement tatsächlich 120 Franken? Ich kann mir das kaum vorstellen.

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Das Wochen-Liberoabonnement für 125 Franken umfasst nicht nur das klassische Einzugsgebiet, sondern ist für alle Zonen des Liberotarifverbundes gültig. Dieses Angebot wird gemacht, um zu bewirken, dass mehr Personen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Finanziert wird es von den Transportunternehmungen selber.

Mit 23 zu 2 Stimmen, bei einigen Enthaltungen, fasst das Parlament den

### **Beschluss**

***Das Postulat Sedlmayer (SP/JUSO) (0512) betr. Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen wird erheblich erklärt.***

## **14. Postulat SP/JUSO-Fraktion betr. Mobilitätsmanagement**

Beantwortung 0513; Präsidial- und Finanzdirektion

**Frau Katrin Sedlmayer (SP):** Ich danke für die Annahme meines vorherigen Postulates und hoffe, dass ihr dem Thema Mobilitätsmanagement ähnlich positiv gegenüber steht. Das Postulat geht in eine ähnliche Richtung wie das Mobilitäts-Set, mit dem Unterschied, dass die Zielgruppe hier Firmen und nicht Einzelpersonen sind. Das betriebliche Mobilitätsmanagement ist vor 25 Jahren in den USA entstanden, denn gravierende Verkehrsprobleme rund um Städte machten diese zu verkehrsreichen Zeiten fast unerreichbar. Dieser Umstand zwang Staat und Unternehmen zu gemeinsamem Handeln. Seit anfangs der Neunzigerjahre verbreitet sich das Mobilitätsmanagement auch in Europa. Speziell in den Niederlanden wird seit 10 Jahren eine konsequente Strategie in diesem Bereich verfolgt. Die teilnehmenden Betriebe können mit dem Management ihre Fahrten im Durchschnitt um 15 bis 20 Prozent reduzieren. Auch in Grossbritannien wird eine ähnliche Strategie, mit so genannten Travel plans verfolgt, und auch hier betragen die Einsparungen durchschnittlich 18 Prozent, es ist somit ein sehr wirkungsvolles Instrument. Ein wichtiger Aspekt für Firmen: Die Auto fahrenden Pendler leiden oft unter Stresssymptomen und sind öfter krank als jene, die mit dem Velo fahren, zu Fuss oder mit dem Bus unterwegs sind. Zudem verursachen so genannte Wegunfälle von Pendlern laut einer Studie grössere Kosten als Arbeitsunfälle in Betrieben. Also rentiert auch von Seiten der Arbeitgeber ein Mobilitätsmanagement. Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Firmen, das Verhalten der Mitarbeitenden zu beeinflussen. Dazu nur ein paar Stichworte: Parkplatzbewirtschaftung, überdachte Veloparkplätze, Zuschuss an ein Halbtax- oder Liberoabonnement beim Verzicht auf einen Parkplatz. Für Verhaltensänderungen fehlt oft nur der richtige Anstoss, hier kann unsere Gemeinde eine wichtige Rolle spielen. Sie selber geht mit gutem Beispiel voran, hat sie doch anfangs dieses Jahres ein Mobilitätsmanagement eingeführt. Ich fände es sehr gut, wenn unser Gemeinderat zusammen mit Energie Schweiz das Mobilitätsmanagement bei Firmen aktiv fördern würde. Ich bitte euch, das Postulat zu unterstützen, denn es ist wiederum ein Beitrag zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs, dient der Gesundheit der Mitarbeitenden in den Betrieben, senkt Kosten und ist ein konsequenter Schritt für unsere Gemeinde mit dem Energielabel und der "Lokalen Agenda 21".

**Herr Gemeindepräsident Luc Mentha:** Ich unterstreiche hier, dass wir dieses Postulat zur ernsthaften Prüfung entgegen nehmen. Wir "leiden" zum Teil an unserem Erfolg im Zusammenhang mit der Ansiedlung von neuen Unternehmen. Wir wissen, dass unser Strassenraum begrenzte Kapazitäten hat, und für den Gemeinderat ist klar, dass er a) mit gutem Beispiel voran gehen will und b) den Kontakt zu Betrieben aufnehmen und erreichen will, dass diese Mobilitätsmanagements anwenden, damit jede überflüssige Fahrt mit individuellen Verkehrsmitteln unterlassen wird. Das ist im Interesse aller in der Gemeinde Köniz, insbesondere auch der Könizer Unternehmen, denn ihre Attraktivität sinkt, wenn Kunden, die mit dem Auto anfahren müssen, viel zu viel Zeit wegen verstopfter Strassen verlieren. Der Gemeinderat schrieb die Grundlage im Bericht "Siedlung und Verkehr Köniz-Liebefeld" fest und wird vermutlich weiter gehen als die Postulantin, und nicht nur motivieren, sondern versuchen, noch einen "Zacken" zuzulegen und in Bezug auf Mobilitätsmanagement bei Unternehmungen ein höheres Mass an Verbindlichkeit zu erreichen. Es ist für alle wichtig, wenn wir unsere Strassen entlasten können.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

### **Beschluss**

***Das Postulat SP/JUSO-Fraktion (0513) betr. Mobilitätsmanagement wird erheblich erklärt.***

## **15. Motion GB betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum**

Beantwortung 0514; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

**Herr Hansueli Pestalozzi (GB):** Wir reichten die Motion Ende Mai 2005 mit dem Vermerk "dringlich" ein, dies weil der Entscheid über die definitive Einführung des fussgängerstreifenlosen Ortszentrums anfangs Juli gefällt werde. Die Dringlichkeit wurde nicht gewährt, und nun stehen wir vor vollendeten Tatsachen, ohne dass das Parlament sich dazu äussern konnte. Seit dem Einreichen der Motion wurde Einiges unternommen, das muss auch gesagt werden. Es entstand ein breiterer Mittelstreifen, ein grosses "Tempo-30" wurde auf den Belag gemalt, die berühmten "n" mit Füsschen wurden angebracht und es werden Fahnen mit einer Höhe von 86 Zentimetern aufgehängt. In diesem Zusammenhang danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Trotzdem scheint uns vom Grünen Bündnis, dass Ortsfremden, die in diese Zone fahren, die Bedeutung der Verkehrszeichen nicht klar ist. Tempo 30 ist noch klar, aber weshalb die Passanten in Köniz so undiszipliniert die Strasse queren, wird nicht von allen verstanden. Hätte der Auto fahrende im Theorieunterricht besser aufgepasst, wäre ihm klar, dass bei Zone 30 keine Fussgängerstreifen aufgemalt werden. Wenn ich als Fussgänger die Strasse im Ortszentrum quere, bin ich nie ganz sicher, ob der Auto fahrende diese Überlegung gemacht hat. Bei den in dieser Jahreszeit schwierigen Sichtverhältnissen finde ich den Blickkontakt schlecht, weshalb in meinen Augen ein Stück "russisches Roulette" dabei ist, wenn ich diese Strasse überqueren will. Hinzu kommt noch, dass bei einem Unfall der Fussgänger strafbar wäre, weil bei Tempo 30 die Autos Vortritt haben. Aus all diesen Gründen forderten wir das Aufmalen eines roten Belages, der allen Verkehrsteilnehmenden zeigt, dass für Fussgänger und Auto fahrende eine spezielle Situation vorhanden ist. Zum roten Belag gebe ich noch einige Erklärungen ab: Es heisst, ein roter Belag sei für Sehbehinderte schwierig zu erkennen. Ich kann das nicht nachvollziehen, denn für mich hat es keinen Einfluss auf Kontraste, ob der Belag dunkelrot oder grau ist. Es wurde auch eingewendet, durch das Aufmalen des roten Belages verliere der Untergrund an Griffigkeit. Wir erklärten immer, es müsse ein Deckbelag sein, der durch die Einmischung von Eisenoxyd rot eingefärbt werden könne, was einen dauerhaften dunkelroten Farbton ergibt. Die Kosten lägen inklusive Entfernen des alten Deckbelages bei ungefähr 20 Franken/Quadratmeter, was mit den zur Verfügung stehenden 135'000 Franken finanzierbar gewesen wäre. Die fussgängerstreifenlose Querungszone in Köniz könnte Pioniercharakter in der Schweiz haben, aber ich fürchte, dass die Buchstaben "n" mit Füsschen nicht unbedingt im Rest der Schweiz Schule machen werden, was in meinen Augen mit dem roten Belag eher der Fall gewesen wäre. Zum Schluss stelle ich fest, dass die Entscheide gefällt, die Massnahmen getroffen sind und das Geld vermutlich aufgebraucht ist. Aus diesem Grund ziehen wir die Motion zurück. Wir erlauben uns, allenfalls im Rahmen der Wirksamkeitskontrolle im nächsten Jahr auf unsere Anliegen zurück zu kommen.



*Die Motion GB (0514) betr. Fussgängerverkehr Könizer Ortszentrum wird von den Motionären zurückgezogen.*

## **16. Motion FDP betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen**

Beantwortung 0515; Präsidial- und Finanzdirektion

**Frau Evelyn Bühler (FDP):** Ich mache es kurz: Die FDP/jfk-Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit dieser Motion erkannt hat. Wir danken ihm dafür, dass er die Erstellung einer solchen Liste bereits in Auftrag gegeben hat. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, die Kosten in den Griff zu bekommen. Vor allem nach der Diskussion über das Budget 2006 und die Finanzstrategie wurde allen bewusst, dass in den nächsten Jahren unbedingt gespart werden muss. Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Wo setzen wir an? Wo ist es überhaupt möglich zu "schrauben"? Wir wissen, dass ein Grossteil der finanziellen Verpflichtungen unserer Gemeinde fix ist und sich auf keinen Fall reduzieren lässt. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wo noch Spielraum vorhanden ist. Nur mit einer transparenten Auflistung der beeinflussbaren bzw. nicht beeinflussbaren finanziellen Verpflichtungen wird es in den nächsten Jahren möglich sein, die Basis für eine vernünftige Diskussion über die Zukunft bzw. die finanzielle Richtung unserer Gemeinde zu schaffen. Diese Diskussion werden wir hier in diesem Saal zusammen führen müssen. Die FDP/jfk-Fraktion stimmt der Annahme der Motion zu, und wir hoffen, dass die Liste nicht allzu lange auf sich warten lässt.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament den

### **Beschluss**

**Die Motion FDP (051) 5betr. beeinflussbare und nicht beeinflussbare finanzielle Verpflichtungen wird erheblich erklärt.**

*Dem Vorschlag der Parlamentspräsidentin, die Behandlung der drei restlichen parlamentarischen Vorstösse auf die Januar-Sitzung zu verschieben, wird mit grossem Mehr zugestimmt.*

## **20. Verschiedenes**

**Die Parlamentspräsidentin:** Folgender Vorstösse wurde eingereicht:

0528 Motion Deuber (SP) betr. „Vorstossembargo“

**Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Sitzung der Kommission für das Bildungsreglement vom 9. Januar beginnt wegen des am gleichen Abend stattfindenden GPK-Anlasses nicht um 19.00 Uhr, sondern um 17.00 Uhr.

**Herr Harald Henggi (FDP):** Ich orientierte bereits in meinem Votum zu Beginn der heutigen Sitzung über den Stand der Arbeiten der Kommission K2005. Dem gibt es im Moment nichts Weiteres anzufügen. Ich teile aber mit, dass ich an der letzten Sitzung als Kommissionspräsident zurückgetreten bin, denn es reicht mir zeitlich nicht mehr, in drei Kommissionen aktiv tätig zu sein. Zudem glaube ich, dass der Zeitpunkt mit dem Erreichen des geschilderten Meilensteins durchaus passt und die Zeit für einen Wechsel gekommen ist. In diesem Zusammenhang könnte im Hinblick auf das Budget 2008 überlegt werden, ob die Kommission K2005 in K2008 umgetauft werden soll. Ich danke euch allen für das mir entgegen gebrachte Vertrauen.

**Frau Verena Rohrbach (SVP):** Auf den Listen vom 12. Oktober und 11. November 2005 mit den unerledigten parlamentarischen Vorstössen ist bei meinem Vorstoss 0311 das Wort "Motion" verschwunden. Aha, dachte ich, ist das eine neue Variante, ungelegene Aufträge verschwinden zu lassen? Geschah es vielleicht im Bewusstsein, dass die Parlamentarierin ab Januar 2006 nicht mehr dem Parlament angehört? Nein, ich weiss, dass dieser Fehler einfach passiert ist. Aus vielen Gesprächen mit Ueli Studer weiss ich, dass er engagiert versucht, eine Lösung zu finden, damit diese Motion nicht unerfüllt abgeschrieben werden muss. Aber ein Verlängern der Erfüllungsfrist hätte traktandiert werden können. Ich kann mich hier zum letzten Mal für die Ballsporthalle zum Wort melden, dann werden sich andere an meiner Stelle dafür stark machen. Wir haben in Köniz zwei Ballsportvereine, die schweizweit zu den Besten gehören: Floorball Köniz, wo junge Männer rassig, schnell und fair Unihockey spielen, und

Zeiler Köniz, die mit Volleyball die attraktivste Ballsportart für Frauen betreiben. Hinter diesen beiden Spitzenteams gibt es noch viele Mannschaften auf allen Altersstufen und viele, viele stille Helfer im Hintergrund. In beiden Sportarten werden Geist und Körper trainiert, und ein gutes Resultat kann erst dann erreicht werden, wenn jede Mitspielerin und jeder Mitspieler bereit ist, mannschaftsdienlich zu spielen. Eine gute Lebensschulung. Zuschauer unterstützen ihre Teams lauthals, aber absolut friedlich. Ich sah noch keine Schlägerei, sei es beim Volleyball oder bei Floorball, zu Hause oder auswärts. Mir fehlen die Unterstützung und ein sichtbarer Stolz der Gemeinde auf die Leistungen der Teams. Im Rittersaal hörte ich letzten Montag, wie stolz man auf Simonetta Sommaruga sei, die unsere Gemeinde berühmt und bekannt mache. Es ist einfach, hier stolz zu sein, denn die Gemeinde muss keine Infrastruktur zur Verfügung stellen, es reicht zu sagen, sie sei von Köniz und schon gibt es Applaus. Auch wenn Zeiler oder Floorball Köniz auswärts spielen, heisst es, "die sind aus Köniz und sind gut". Ich weiss, wir haben einen finanziellen Engpass, aber wie ist es möglich, dass z.B. Orte wie Cheseaux, Franches-Montagnes, Hergiswil, Dürnten oder Schaffhausen über grosse Hallen mit Restaurant, Küche und Nebenräumen verfügen? Der Gemeindepräsident sagte kürzlich in einer Parlamentssitzung, eine Gemeinde die gar nichts mehr mache, verliere an Profil. Ich frage mich auch, wie stark der Wille zum Finden einer Lösung bei Verwaltung und Exekutive ist, wenn ich höre, dass ein einheimischer Architekt - der schon gerissene Lösungen präsentiert hat - im Wettbewerb betreffend alte Migros nicht einmal mitmachen darf. Vielleicht passiert dann etwas, wenn in den neuen Alterswohnungen - die ich übrigens sehr begrüsse - die "Grauen Panther" aktiv werden und nicht nur attraktiv wohnen wollen, sondern auch hier Sport treiben wollen statt im Fitnessclub. Dann wird es in unseren Turnhallen noch enger. Dank der aufgestellten Senioren kommen die aufgestellten Jungen dann vielleicht endlich zu einer Ballsporthalle. Schön wär's.

**Die Parlamentspräsidentin:** Das Fehlen des Wortes Motion ist tatsächlich ein Versehen, aber der Vorstoss ist klar als Motion erkenntlich.

**Herr Ueli Studer (SVP):** Liebe Verena Rohrbach, seit Jahren setzt du dich für die Erstellung einer Ballsporthalle ein. Es tut mir wirklich leid, dass wir die Frist für die Verlängerung der Motion verpasst haben, und ich nehme den Ball so entgegen. Ich informierte mich in Bern, wie es bezüglich Gebiet Weissenstein mit der Zusammenarbeit mit Bern aussieht. Der Gemeinderat von Bern schrieb der Burgergemeinde Bern einen Brief mit dem Inhalt, dass er das so genannte "Vitalcenter" mit Mantelnutzung (Schwimmzentrum) nicht befürworte, d.h. er stellt sich nicht hinter eine Zonenplanänderung, was wiederum heissen würde, dass die Ballsporthalle im Moment bezüglich Priorität wieder ein wenig nach oben gerutscht ist. Die Burgergemeinde Bern äusserte sich jedoch noch nicht klar zu ihren Vorhaben. Sie erklärt lediglich, die Ballsporthalle sei nicht das Einzige, das für dieses Gelände geprüft werde. Wir warten weiterhin auf einen Entscheid in Bern. In Köniz gaben wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag, die wir letzte Woche erhalten haben. Es geht darum, ob eine Ballsporthalle auf dem Areal des Oberstufenzentrums Köniz realisiert werden könnte. Wir haben die Studie angeschaut und werden sie weiter prüfen. Zudem sind wir im Gespräch mit den betroffenen Vereinen. Zur Anerkennung sportlicher Leistungen: Mit der jährlichen Sportlerehrung, die immerhin attraktiv ist, setzen wir ein kleines Zeichen für unsere Vereine.

**Herr Niklaus Hofer (SVP):** Die heutige Sitzung war die letzte unter der Leitung von Judith Ackermann. In meiner Eigenschaft als I. Vizepräsident möchte ich es nicht unterlassen, dir, liebe Judith, im Namen von uns allen ganz herzlich für das Jahr zu danken, in welchem du uns durch die Sitzungen führtest. Du machtest dies mit sehr viel Kompetenz und Charme. Im Namen der SVP-Fraktion darf ich dir ein kleines Präsent überreichen, als Dank für die geleistete Arbeit. Wir haben lange über ein Geschenk nachgedacht und erteilten einem Fraktionsmitglied den Auftrag, via Buschtelefon ausfindig zu machen, was du gerne magst. Dies sei eine spezielle Schokolade aus einem "Spezialgeschäft" in Köniz, wurde uns mitgeteilt. Wir wünschen dir für die neue Aufgabe, die ab 1. Januar 2006 auf dich wartet - du wirst dann hier im Saal in die gleiche Richtung schauen wie in deinem Präsidentschaftsjahr - alles Gute, viel Glück und vor allem gute Gesundheit. (*Applaus*).

Ich erwähne noch, dass die SVP-Fraktion an ihrer letzten Sitzung zwei langjährige Parlamentsmitglieder verabschiedet hat. Ich wünsche Verena Rohrbach und Lorenz Bussard auch an dieser Stelle alles Gute für die Zukunft, vor allem gute Gesundheit. (*Applaus*).

**Frau Barbara Mooser (FDP):** Das Buschtelefon hat offenbar funktioniert, denn auch ich hörte, dass du, liebe Judith, heute die letzte Parlamentssitzung leitest. Ich dachte jedoch, man würde dich an der nächsten Sitzung, d.h. am 13. Januar 2006 verabschieden. Du hast deine letzte Sitzung wie üblich mit Bravour beendet, du führtest das Parlament während eines Jahres sehr kompetent mit einem guten Schuss Humor, viel Ausdauer - besonders bei den zwei letzten Sitzungen - Niveau und Natürlichkeit. Wir standen dir diese Eigenschaften bereits vor einem Jahr zu. Uns freut es ganz besonders, dass du deine Kompetenz in den Gemeinderat einfließen lassen kannst, aber du wirst am eigenen Leib erfahren, wie es heute auch passiert ist, dass deine Parteiliebe gegen dich stimmen. Mit deiner Gelassenheit wird dies für dich sicher keine Schwierigkeiten geben, so lange wir Sachpolitik betreiben. Wir möchten dir zum Abschied aus dem Parlament und zum Neubeginn im Gemeinderat eine grössere Pflanze schenken. Wenn wir wissen, in welchem Büro du tätig sein wirst, werden wir dir das Grüne herein stellen, denn auch die FDP benötigt etwas Grünes. Als Symbol geben wir dir bereits jetzt etwas auf den Weg mit. Das Geschenk soll dir ein kleines Licht in den Winteralltag bringen und dir die Zeit vertreiben, bis es wärmer wird und du richtig Freude an unserer Pflanze haben kannst. (*Applaus*).

Auch wir verlieren zwei Parlamentsmitglieder, Anton Riesen und Sandra Deutsch. Anton Riesen hat sich für heute entschuldigt. Er gehörte dem Parlament während der letzten 15 Jahre an und hatte jedes mögliche Amt inne. Von der Begleitkommission zur Ortsplanung über die GPK bis hin zum Parlamentspräsidium war er überall tätig. Mit seiner gradlinigen Art verteidigte oder lehnte er Geschäfte ab. Er setzte sich für die KMU ein und recherchierte alle Kosten bei Bauten oder Sanierungen gründlich. Lieber Anton in Abwesenheit, wir danken dir sehr für deine Arbeit während der vielen Jahre und werden dich noch im Kreis der FDP gebührend verabschieden.

Liebe Sandra, du bist 2003 für Martin Zwahlen ins Parlament nachgerutscht. Es war eine kurze, aber sehr intensive Zeit, in der du deine Energie für uns verbraucht hast. Wir bedauern ausserordentlich, dass du nicht mehr kandidieren konntest. Trotzdem hoffen wir, dass du unsere Politik weiterhin unterstützen wirst und wir dich nicht ganz verlieren. Ich weiss aus vielen Gesprächen mit dir, wie sehr du Freude am Politisieren hast. Wir danken auch dir für die tolle Arbeit und überreichen dir ein Symbolgeschenk. Auch du wirst von uns noch speziell verabschiedet werden. (*Applaus*).

**Frau Katrin Sedlmayer (SP):** Auch wir haben drei Parlamentsmitglieder zu verabschieden. Ich beginne mit der Amtsältesten: Liebe Marlise Schörlin, wir danken dir für dein 12-jähriges grosses Engagement hier im Parlament und in der Fraktion. Für mich bist du die künstlerische Stimme aus dem Wangental. Du kämpftest in all den Jahren immer wieder stark für die Anliegen der Wangentaler, sei es für die Sicherheit auf der Freiburgstrasse, die Erhöhung der Sicherheit von Fussgängern im Ortszentrum, den Wegfall der Transporte aus dem Kiesabbau aus dem Dorf Oberwangen, das fehlende Ortszentrum, die fehlenden Räumlichkeiten für die Schule oder Räume für die Ludothek und die Spielgruppe. Du hattest einen harten Stand, es ist nicht einfach, etwas für das Wangental zu erhalten oder zu erreichen. Trotzdem hast du deinen Humor nicht verloren, mit deinen treffenden Sprüchen brachtest du uns - im Parlament wie in der Fraktion - immer wieder zum Lachen. Im Jahr 2001 warst du Ratspräsidentin, auch da hast du mit Humor und grossem Engagement schwierige Situationen und ganz verzwickte Traktanden gemeistert. Dass es sogar zu einer parlamentarischen Liebeserklärung kam und ein wenig Romantik ins Parlament einzog, zeugt von deiner grossen Ausstrahlung. Neben deiner parlamentarischen Arbeit hast du dich immer sehr für Kunst in Köniz eingesetzt und mit Vernissagen in deinem eigenen Haus künstlerische Akzente gesetzt. Wir sind froh, dass du dich weiter dafür engagierst. Nicht zuletzt warst du immer unsere "Rettung", wenn es darum ging, jemandem ein passendes Geschenk zu überreichen. Deine Kreativität diesbezüglich und deine Worte zu den Geschenken können nicht übertroffen werden. Marlise, wir verlieren mit dir eine starke Persönlichkeit und die Wangentaler eine kraftvolle Stimme für ihre Anliegen. Wir wünschen dir für deine Zukunft alles Gute, mehr Zeit für dich, für Kurt und deine Söhne, für die Kunst und ausgedehnte Aufenthalte in deinem geliebten Südfrankreich. Weil wir wissen, dass du Kunst liebst, schenken wir dir einen Gutschein für ein feines Nachtessen im Restaurant des Kleezentrums inklusive Eintritt ins Museum. (*Applaus*).

Das nächste zu verabschiedende Parlamentsmitglied ist Beat Deuber. Wir zwei wurden gleichzeitig ins Parlament gewählt und scheiden zusammen aus. Du, um mehr Zeit für ande-

res und ich, um mehr Zeit für die Politik zu haben. Zuerst warst du ein eher ruhiges und scheues Parlamentsmitglied, aber in den acht Jahren hast du dich zu einem ausgezeichneten Parlamentarier mit einem klaren und eigenen Profil entwickelt. Wir schätzten dich sehr als kritisches, strategisch denkendes und engagiertes Fraktionsmitglied. Überzeugend und hartnäckig hast du im Parlament diskutiert und keine Angst vor heissen Eisen gehabt. Als GPK-Mitglied hast du sehr gute Arbeit geleistet. Im Parlament hast du diverse verkehrspolitische Vorstösse lanciert und immer auf der Seite der schwächeren Verkehrsteilnehmenden gekämpft, wie auch heute Abend. Mit Vorstössen wie "Tempo 30 muss eingehalten werden", Sicherheit für Schulkinder bei Verkehrsanlagen, SBB-Tageskarten und gegen die Abschaffung der Fussgängerstreifen im Gurtenbühl bist du immer wieder aufgefallen. Mir unvergessen bleibt die Parlamentssitzung vom 21. März 2005, als du im Namen unserer Fraktion mit sämtlichen parlamentarischen Mitteln und überzeugenden Voten für eine Variantenabstimmung für das Reglement Abstimmungen und Wahlen kämpftest, was wir - fast wie in einem Krimi - um eine Stimme nicht geschafft haben. Wir sind froh, dich wenigstens als Parteipräsidenten behalten zu können. Für deine Zukunft - beruflich wie privat - wünschen wir dir alles Gute, mehr Zeit für deine Partnerin und all deine Hobbys. Nebst dem, dass du gerne Krimis liest, vernahm ich per Buschtelefon, dass du sehr gerne kochst. Deshalb schenken wir dir eine Kombination von beidem, ein Kochbuch mit dem Titel "Andrea Camilleris sizilianische Küche, die kulinarischen Leidenschaften des Commissario Montalbano". Jetzt kannst du dessen Rezepte nachkochen, und damit du sofort beginnen kannst, übergeben wir dir einige sizilianische Spezialitäten und einen guten Wein zum anschliessenden Geniessen. (*Applaus*).

Leider müssen wir unser jüngstes Parlamentsmitglied verabschieden. Liebe Mélanie Mader, mit dir verlieren wir - wie gesagt - unser jüngstes Mitglied, du wurdest vor vier Jahren mit einem ausgezeichneten Resultat ins Parlament gewählt. Du hast dem Resultat entsprochen und sehr gute Arbeit sowohl in der Fraktion als auch im Parlament geleistet. Bei Jugendthemen warst du für uns immer eine wichtige Stimme mit realistischem Blick. Du machtest dich jedoch nicht nur für die Jugend stark, sondern packtest ganz unterschiedliche Themen an. Du setztest dich für die Gleichstellung in der Verwaltung ein, für die Erschliessung des Büssiackers mit dem öffentlichen Verkehr, für ein Alkohol- und Tabakwerbeverbot in der Gemeinde. Du bist aufgefallen, weil du immer sehr intelligent und fundiert argumentiert hast. Zusammen mit Evi Allemann hast du das Projekt "Köniz in Kinderaugen" lanciert und viel von deiner Freizeit daran gegeben. Dein ausgezeichnete Folgevorstoss kam im Parlament wegen einer einzigen Stimme nicht durch, das schmerzte. Trotz deinem Jura-Studium - und dies erst noch auf Französisch in Neuenburg - warst du an fast allen Fraktions- und Parlamentssitzungen anwesend. Du warst ein eher ruhiges Parlamentsmitglied, aber wenn du etwas sagtest, war es immer durchdacht und klar. Ich bin sicher, dass du mit deiner sympathischen und intelligenten Persönlichkeit eine viel versprechende Zukunft vor dir hast. Für dein Studium in England und deine persönliche Zukunft wünschen wir dir deshalb von Herzen alles Gute. Auch via Buschtelefon erfuhr ich, dass du gerne liest und Kleidereinkäufe tätigst. Deshalb hier zwei Gutscheine zum Abschied, die du als Studentin mit sicher schmalem Portemonnaie wohl gut gebrauchen kannst. (*Applaus*).

**Die Parlamentspräsidentin:** Auch ich danke den austretenden Parlamentsmitgliedern für ihre politische Arbeit. Das Parlament verliert Personen, die das politische Geschehen über viele Jahre sehr aktiv mitprägten. Ich danke Lorenz Bussard, Beat Deuber, Sandra Deutsch, Beat Giger, Mélanie Mader, Anton Riesen, Verena Rohrbach und Marlise Schörlin. Katrin Sedlmayer und ich verlassen das Parlament auch und wechseln in den Gemeinderat. Somit werden dem Parlament im Januar 10 neue Mitglieder angehören.

Nun kommt wirklich der Moment, in dem mein Präsidialjahr zu Ende geht. Es gibt eine gewisse Diskrepanz: Die SVP-Fraktion glaubt nicht, dass ich meiner Pflanze Wasser geben würde, die FDP schenkt mir aber eine solche. Das muss noch genau geklärt werden. Für mich war es in jeder Hinsicht ein spezielles Jahr. Wahljahre haben sowieso eigene Gesetze, und deshalb gab es diesen Stau an unerledigten Vorstössen, der uns zu einer zweiten Sitzung im Dezember zwang. Ich verabschiede ich mich heute offiziell von euch. Ich erspare euch eine lange Abschiedsrede und gehe nur kurz auf zwei Themen ein, die mein Präsidialjahr prägten: Geld und Sport. Mit Geld meine ich, dass wir uns sehr oft mit den Gemeindefinanzen befassen und sogar eine Sondersitzung nur diesem Thema widmeten. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass Zusammenhänge in diesem Bereich noch besser verstanden werden und die Aus-

wirkungen, welche Bestellungen aus dem Parlament haben können, besser abgeschätzt werden. Jetzt komme ich zu einem der wichtigsten Ereignisse meines Präsidentschaftsjahres, der Gründung des FC Parlament Köniz. Ich merkte, dass ich mit normaler politischer Arbeit nie in die Geschichte von Köniz eingehen werde und dass der einzige Weg zur Unsterblichkeit über den Sport führt. Deshalb trat ich den Beweis an, dass man auch auf einem Gebiet, von dem man Null Ahnung hat, etwas bewegen kann, in diesem speziellen Fall 10 Männer. An dieser Stelle danke ich allen, die mich politisch oder sportlich unterstützt und beraten haben, ganz herzlich. Viel Arbeit wird im Hintergrund geleistet. Ich danke Ruth Spahr für die Abfassung der Protokolle, den Abteilungsleitern und Gemeinderatsmitgliedern für ihre Arbeit und ganz speziell dem guten Geist, unserer Parlamentssekretärin Elisabeth Zürcher für ihre extreme Verlässlichkeit und Hilfe. Ich wünsche euch, dass ihr viel Zeit für euch und eure Familien habt, um die Festtage zu geniessen. Alles Gute auch fürs neue Jahr. Wir sehen uns zur ersten Sitzung der neuen Legislatur am 13. Januar um 17.00 Uhr. Dann wird Niklaus Hofer das Szepter übernehmen, und ich wünsche ihm von Herzen alles Gute. (*Applaus*).

Schluss der Sitzung 22.30 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Judith Ackermann

Elisabeth Zürcher